

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN



125 JAHRE METALLARBEITERGEWERKSCHAFT

8. AGITATIONSBEZIRK DES DMV

BEZIRK FRANKFURT

BEZIRK MITTE

Herausgeber:

*IG Metall Bezirk Mitte
Wilhelm-Leuschner-Straße 93
60329 Frankfurt*

Verantwortlich:

Jörg Köhlinger (Bezirksleiter)

Redaktion:

Lothar Wentzel, Dieter Wesp, Michael Ebenau

Fotos:

IG Metall Zentralarchiv, Samson & Co. (Frankfurt am Main), Foto-Gumbrecht (Frankfurt am Main), DGB-Archiv, Harald Joppen / Institut für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main), Gernot Huber, IG Metall, Jörg-Peter Maucher (Stuttgart), Erika Sulzer-Kleinemeier, Peter Meyer, Inge Werth, Jens Braune, Gustavo Alàbiso, Thomas Range, Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte e.V.

Gestaltung:

Claudia Büchling

Druck:

© IG Metall, Frankfurt am Main, Juni 2016

www.igmetall-bezirk-mitte.de

INHALT

VORWORT

I. DER DEUTSCHE METALLARBEITER-VERBAND (DMV)

- Die Revolution von 1848 und die Entstehung der Arbeiterbewegung
- Die ersten Schritte der Gewerkschaftsbewegung
- Die Gründung des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV)
- Die gewerkschaftlichen Ziele damals und heute
- Die Entstehung des Bezirks Frankfurt
- Die größte Industriegewerkschaft der Welt
- Der erste Weltkrieg 1914 - 1918
- Streiken gegen den Krieg
- Die Novemberrevolution 1918 und der Richtungswechsel im Vorstand
- Der Bezirk Frankfurt nach der Novemberrevolution
- Der Kampf um die Errungenschaften der Novemberrevolution
- Kurze Atempause
- Der Sieg des Faschismus und der Widerstand aus der Arbeiterbewegung
- Georg Bernard, Frankfurter Bezirksleiter

II. DIE INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL (IG METALL)

- Kriegsende 1945. Betriebsräte organisieren den Wiederaufbau
- Die Neugründung der Gewerkschaften
- Einheitsgewerkschaft
- Der Bezirk Frankfurt entsteht neu
- Währungsreform und ‚Wirtschaftswunder‘
- Der Wind dreht sich
- Die Bewährungsprobe für den Frankfurter Bezirk
- Otto Brenner und das Aktionsprogramm des DGB
- Der Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Störfeuer
- Verteidigung des Friedens und der Demokratie
- Bildungsarbeit auf neuen Wegen
- 1968: Die Studenten- und Jugendbewegung
- Aufbruchstimmung
- Humanisierung der Arbeit
- Ausländische Arbeitskräfte kommen nach Deutschland
- Neue Wege der gewerkschaftlichen Frauenarbeit
- Die Wachstumsraten sanken und die Krisen wuchsen
- Wachsam Tag und Nacht
- Der Kampf um die 35-Stunden Woche

Lernen von den sozialen Bewegungen
Der deutsche Einigungsprozess
Der Bezirk Frankfurt übernimmt Verantwortung
Der Kampf um die Angleichung der Lebensverhältnisse
Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit
Globalisierung und internationale Gewerkschaftsarbeit
Zusammenschluss mit der Gewerkschaft Textil Bekleidung (GTB) und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK)
Neue Hoffnungen: Die rot-grüne Koalition
Herbst 2008: Die Finanzmarktkrise bestimmt das Geschehen
Opel kämpft um das Überleben
Die Trendwende
Der Bezirk Frankfurt stellt sich neu auf
Arbeitszeitpolitik – die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre
Tarifpolitik nach der Krise
Kampf gegen Rassismus
Mitgliederentwicklung und Tarifbindung
Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
Struktur- und Beschäftigungspolitik
Gute Arbeit
Schlüsselfrage Bildung
Politisch Einfluss nehmen
Demokratie stärken
Beteiligungsgewerkschaft sein
Ein starkes Fundament für die Zukunft

LITERTURVERZEICHNIS





HISTORISCHE EREIGNISSE

VORWORT

1996 schrieb der damalige Bezirksleiter Karl G. Kronawitter: „Jubiläen sind kein Verdienst. Was der Jubilar, was die Metal-lerinnen und Metaller des Bezirks in 50 Jahren getan haben, das allerdings begründet Verdienste.“ Dem ist heute, im Juni 2016 nichts hinzuzufügen.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir an einige Erlebnisse, einige Stationen aus 125 Jahren Deutscher Metallarbeiterverband bzw. IG Metall erinnern – und aus 115 Jahren, die der Bezirk nun in verschiedenen Zusammensetzungen besteht. Wir möchten diese Erinnerungen wachhalten, weil wir aus der Geschichte unserer Gewerkschaft lernen können und lernen wollen:

- zum Beispiel, dass Einheit und Geschlossenheit wichtige Voraussetzung sind, um erfolgreich zu sein. 1933 traf die NSDAP auf eine gespaltene Arbeiterbewegung – sie konnte dann ihre Diktatur errichten, die viele Millionen Menschen das Leben kostete
- zum Beispiel, dass die Frage der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten von Anfang an ein ganz wesentliches Hand-

lungsfeld der Metallar-beitengewerkschaften war – schon vor der Gründung des DMV gab es auch in unserem Bezirk erste Streiks für die Verkürzung der überlangen Arbeits-tage

- zum Beispiel, wie sehr die Metallarbeitergewerk-schaften in ihrer Ge-schichte immer auch politische Organisationen waren und entsprechend gehandelt haben – zur Wahrung der Interessen nicht nur ihrer Mitglieder

Wir wollen mit dieser Broschüre auch an die erinnern, die in der Vergangenheit über Generationen hinweg für unsere Ziele ge-stritten und damit unsere Gegenwart gestaltet haben. Nur wenige werden auf den fol-genden Seiten mit Namen ge-nannt – es ist bei Rückblicken ja fast automatisch so, dass diejenigen genannt werden, die zu ihrer Zeit jeweils im Lichte der Öffentlichkeit standen.

Unsere Broschüre soll aber ge-dacht sein als eine Erinnerung und Würdigung aller Menschen, die sich seit Mitte des 19. Jahr-hunderts für die Interessen der arbeitenden Menschen enga-giert haben.



JÖRG KÖHLINGER
Bezirksleiter

I. DER DEUTSCHE METALLARBEITER-VERBAND (DMV)

DIE REVOLUTION VON 1848 UND DIE ENTSTEHUNG DER ARBEITERBEWEGUNG

In der deutschen Revolution von 1848 erschien die lohnabhängige Bevölkerung zum ersten Mal auf der politischen Bühne. Vorher hatte es schon einzelne Revolten gegeben, zum Beispiel spontane Streiks beim Eisenbahnbau oder 1844 der Aufstand der Weber in Schlesien. Jetzt aber bildete sich erstmals eine politische Arbeiterorganisation, die ‚Arbeiterverbrüderung‘. Forderung Nummer 1: Mindestlöhne in jedem Betrieb. In vielen Städten entstanden Arbeiterbildungsvereine. Und schließlich entwickelten sich die ersten Gewerkschaften: Die Buchdrucker und Zigarrenmacher gingen voran. In Berlin gab es schon einen Verein der Maschinenbauarbeiter, ein erster Schritt in Richtung einer Metallgewerkschaft.



1848
 PAULSKIRCHE
 FRANKFURT

In London – wohin er emigrieren musste - formulierte Karl Marx seine Einschätzung der Lage und Aufgaben des Proletariats: das Kommunistische Manifest. Es fand allerdings damals kaum Beachtung.

Zum ersten Mal wurde jetzt auch in allen deutschsprachigen Ländern ein Parlament gewählt - mit Ausnahme der

Schweiz, die bereits ein demokratischer Staat war. Das Parlament tagte in der Frankfurter Paulskirche. Man wollte nicht länger hinnehmen, dass die politische Macht in den Händen einer kleinen Adelskaste lag. Alle Macht sollte vom Volke ausgehen. Aber die alten gesellschaftlichen Kräfte waren zu stark. Das preußische Militär schoss die revolutionäre Bewegung zusammen. Ein Jahr später war der Traum von einer Demokratie ausgeträumt. Alle freiheitlichen Organisationen wurden verboten.



1848
 BARRIKADENKÄMPFE
 FRANKFURT

HISTORISCHE EREIGNISSE

1844

Aufstand der
 schlesischen Weber

1848/49

Revolution

DIE ERSTEN SCHRITTE DER GEWERKSCHAFTS-BEWEGUNG

1848 hatte die Industrialisierung in Deutschland erst begonnen.

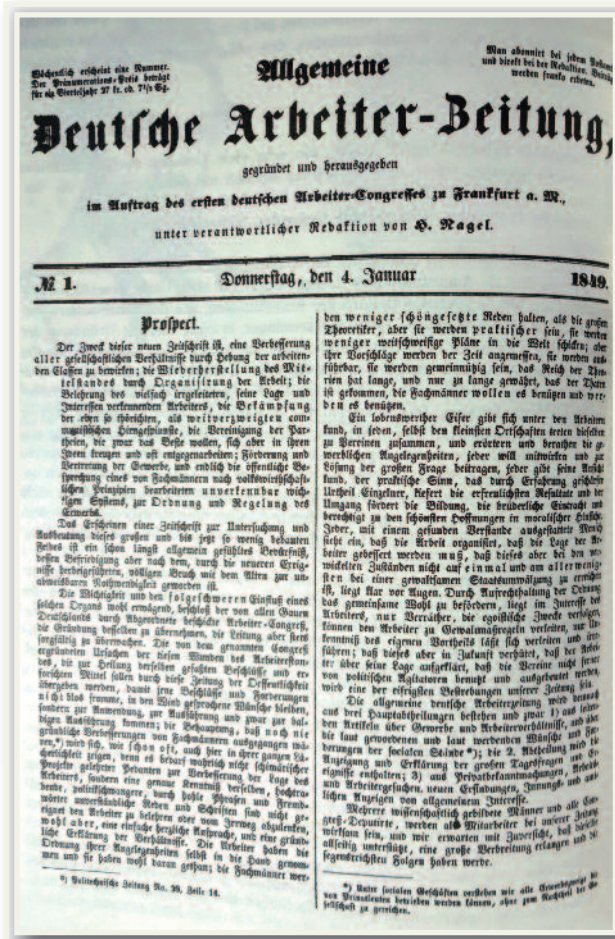
Die Arbeiterbevölkerung war zahlenmäßig noch klein, aber die wirtschaftliche Entwicklung schritt schnell voran. Neue Spielräume entwickelten sich. 1869 wurde das Recht zur Bildung von wirtschaftlichen Interessenvertretungen, das Koalitionsrecht, in weiten Teilen Deutschlands anerkannt.

Zahlreiche Gewerkschaften entstanden neu - oft auf einen Beruf oder eine Region beschränkt. Noch standen sie auf schwankendem Boden. Ein verlorener Streik und sie verschwanden wieder. Wann Arbeitskämpfe sinnvoll waren

oder nicht, musste erst erlernt werden. Selbsthilfe spielte eine große Rolle, z.B. Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, oder die Gewährung von Rechtsschutz. Unter Reichskanzler Bismarck wurden die Gewerkschaften noch einmal für 12 Jahre verboten, wenn ihnen eine Nähe zur Sozialdemokratie nachgewiesen werden konnte. Die Gewerkschaften unterliefen die Bestimmungen. 1890 wurde das ‚Sozialistengesetz‘ abgeschafft, weil es sich als wirkungslos erwiesen hatte.



1848
MITGLIEDSKARTE
ARBEITERVEREIN



1849
ARBEITERZEITUNG

1878

Erlass des Sozialistengesetzes

1890

Das Sozialistengesetz tritt außer Kraft

DIE GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN METALLARBEITER VERBANDES (DMV)

Jetzt war der Weg frei für eine neue Aufstellung der Gewerkschaften. Die Berufsgewerkschaften waren am widerstandsfähigsten.

Aber sie mussten einsehen: Auf sich alleine gestellt konnte eine Berufsgruppe gegen den Unternehmer nicht mehr viel erreichen. Gemeinsam konnten sie ihre Interessen wirksamer durchsetzen. Am 1. Juni 1891 versammelten sich daher verschiedene Verbände von Metallarbeitern – Schlosser, Klempner, Former, Feilenhauer, Mechaniker und andere – am Merianplatz in Frankfurt am Main. Sie beschloßen, den Deutschen Metallarbeiter-Verband – kurz DMV – zu gründen.

Der DMV wählte ein völlig neues Organisationsprinzip. Er war die erste moderne Industriegewerkschaft in Deutschland. Ein ganzer Industriezweig sollte erfasst werden und in jedem Betrieb nur eine Gewerkschaft existieren. Alle Lohnabhängigen konnten beitreten: Frauen und Männer, Gelernte und Ungelernte, Deutsche und Ausländer, Lehrlinge und Gesellen. Die wenigen Angestellten damals waren allerdings noch nicht im Blickfeld der Gewerkschaft.

Der Grundgedanke hieß Solidarität. Nur wenn alle zusammenhielten und die Stärkeren die Schwächeren mitnahmen, konnte man sich gegen die Unternehmer behaupten.

Die Metallindustrie war der wichtigste und dynamischste Wirtschaftssektor Deutschlands. Zur Koordination dieses großen Organisationsfeldes brauchte man einen starken Vorstand. Zugleich erhielten die Ortsvereine – wir würden heute Geschäftsstellen sagen – eine große Unabhängigkeit, um auf die örtlichen Verhältnisse beweglich reagieren zu können. Dieses Prinzip gilt bis heute. Im Inneren entwickelte der DMV

eine bemerkenswerte Versammlungsdemokratie. Einmal im Monat war die Vollversammlung der Mitglieder der Verwaltungsstelle. Genauso oft traf man sich als Berufskollegen, z.B. die Schlosser oder die Elektriker. Bei bestimmten

Anlässen, vor allem in Zusammenhang mit Streikaktionen, wurden außerdem die Mitglieder in den Betrieben zusammengerufen. Nach den Unterlagen des DMV hatte es im Jahr 1910 etwa 92.000 Versammlungen gegeben.



1891
WERBEPOSTKARTE
DEUTSCHER
METALLARBEITER-
VERBAND



1891
GRÜNDUNGSLOKAL
FRANKFURT MERIANPLATZ

HISTORISCHE EREIGNISSE

1891

Gründungskongress des Deutschen Metallarbeiterverbandes

DIE GEWERKSCHAFTLICHEN ZIELE DAMALS UND HEUTE

Was hatte sich der Metallarbeiter-Verband zum Ziel gesetzt? Die Löhne der Facharbeiter reichten gerade aus, die kinderreichen Familien zu ernähren. Die Ungelernten verdienten oft nicht genug, um ihre Familien ausreichend ernähren zu können. Die Lebensbedingungen, besonders die Wohnverhältnisse, waren bedrückend. Deswegen mussten die Löhne dringend erhöht werden.

Das zweite Ziel war genauso wichtig: Die Senkung der Arbeitszeit. Die Beschäftigten in der Industrie arbeiteten – die Pausen nicht mitgerechnet – durchschnittlich 11 Stunden am Tag einschließlich sonnabends. Bezahlten Urlaub gab es nicht. Was blieb da noch vom Leben übrig? Besonders bitter war das Schicksal der Arbeiterinnen durch die doppelte Belastung von Familie und Beruf. In ihren Lebenserinnerungen schreibt die Arbeiterin Adelheid Popp ihren größten Wunsch: Einmal ausschlafen können.

Von Anfang an war die Forderung nach einem selbststimmten Leben eine starke Antriebskraft der Gewerkschaftsbewegung: Der Zugang zu Bildung und Kultur, Zeit für die Familie, Natur erleben und Reisen, teilhaben zu können an Freuden und Genüssen dieser Welt. Ein

entscheidender Schlüssel dazu lag in der Senkung der Arbeitszeit.

Damals wurden Jahr für Jahr zahlreiche Arbeitskämpfe geführt. Sie gingen fast genauso oft um den Lohn wie um die Arbeitszeit. Im Statut des DMV von 1901 heißt es ausdrücklich: Sind mehrere Streiks beim Vorstand angemeldet, so ist jenen Bewegungen das Vorzugsrecht einzuräumen, welche die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht nehmen. (§17,4) Schon 1883 streikten die Schreiner-gesellen in Frankfurt am Main für einen kürzeren Arbeitstag. Gleiches geschah im Mai/Juni 1886 in Frankenthal, die Arbeiter der Schnellpressenfabrik Albert & Cie. forderten mit ihrem Streik den Zehnstundentag. 1907 streikten z.B. dann bei Buderus in Hirzenhain 243 Former, Hilfsarbeiter und Schlosser für zehn Stunden am Tag. 178 von ihnen waren zuvor Mitglied des DMV geworden. Daneben ging es immer wieder auch um Arbeitsbedingungen und Leistungsanforderungen: um Akkordsätze, Belastungen, Pausenregelungen, und Schutz vor Unfällen. Die weiteren Ziele waren vor allem politischer Natur: Das deutsche Kaiserreich stellte eine – von schwachen Parlamenten etwas abgemilderte – Militärdiktatur dar.

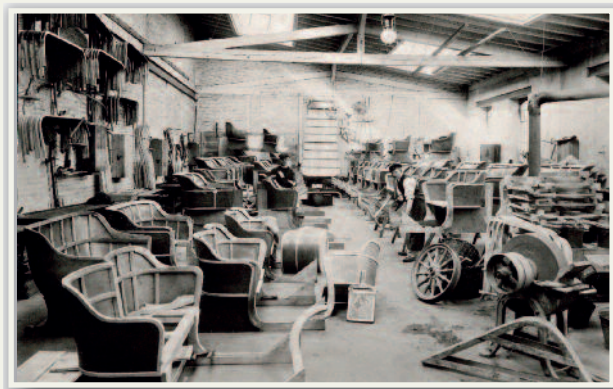
Daher verlangte die Gewerkschaft einen sozialen Staat, Arbeiterrechte und Demokratie. Das bedeutete zum Beispiel: Renten, von denen man leben konnte, Anerkennung der Tarifverträge, Pressefreiheit und eine Regierung, die dem Volk verantwortlich war. Am Ende dieses Prozesses sollte eine demokratische sozialistische Gesellschaft stehen.

Die Verbesserung der Einkommensverhältnisse, eine humane Gestaltung der Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, die Schaffung eines sozialen Staates und die Demokratisierung der Gesellschaft: Das sind Ziele, die uns von Anfang an begleiteten und auch in Zukunft unser Handeln bestimmen werden.



1900
SCHMIEDE KSB
FRANKENTHAL

1900
PRODUKTION OPEL
RÜSSELHEIM



1891

Schwerpunkt des DMV: Kämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit

DIE ENTSTEHUNG DES BEZIRKS FRANK- FURT

Der DMV erlebte eine Erfolgsgeschichte. 1891 mit 23 000 gestartet besaß er zwanzig Jahre später über eine halbe Million Mitglieder und wurde damit zur größten Industriegewerkschaft der Welt. Bereits 1901 hatte der Verband so viele Mitglieder, dass 10 Bezirke gegründet werden mussten.

Der Rhein-Main-Gebiet sowie Kassel waren aufstrebende Industrieregionen, vor allem vom Maschinenbau geprägt. Dazwischen lag viel ländlicher Raum, in dem Klein- und Mittelbetriebe vorherrschten.

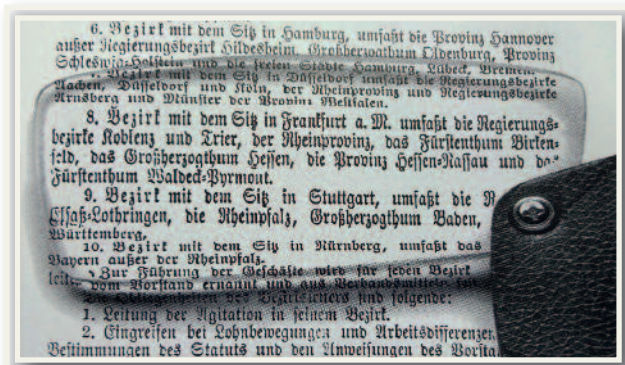
Der Schwerpunkt des Bezirks lag im Raum Frankfurt. Die Stadt

wegen seiner Rückständigkeit als Saar-Arabien belächelt.

Auf Grund der katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Kriegswirtschaft sah sich die Reichsregierung im Dezember 1916 gezwungen, Arbeiterausschüsse einzuführen. Dadurch erhielten die Gewerkschaften, darun-

ter der DMV, Zugang zu den Betrieben. Nun strömten auch an der Saar die Beschäftigten in die Gewerkschaften. Binnen weniger Monate wurde Saarbrücken zur viertgrößten Verwaltungsstelle des DMV im Bezirk.

1910
GEWERKSCHAFTSHAUS
FRANKFURT



1911
GRÜNDUNG DES BEZIRKS
FRANKFURT

So entstand der Bezirk Frankfurt mit der Nummer 8. Das erste Büro der neuen Bezirksleitung befand sich in der Häberlinstraße 14 in Frankfurt-Eschersheim, zum Bezirksleiter wurde Fritz Ehrler berufen. Der damalige Bezirk umfasste Hessen, das Gebiet um Koblenz, Trier und Mainz, das Saarland, Luxemburg und das nördliche Lothringen – aber noch nicht die Pfalz, die gehörte damals zum Bezirk Stuttgart. Es war ein sehr unterschiedlich zusammengesetzter

selber war damals eine bedeutende Industriestadt. Allein in den Adlerwerken arbeiteten vor dem Krieg 3000 Menschen. Die Verwaltungsstellen Frankfurt, Offenbach, Hanau, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt besaßen etwa 70% der Mitglieder. Einen Sonderfall stellte das Saarland da. Trotz großer Eisen- und Stahlbetriebe gelang es den Gewerkschaften nicht, dort Fuß zu fassen. Hier regierte die Unternehmerfamilie Stumm, deren autoritäre Herrschaftsmethoden gefürchtet waren. In der Öffentlichkeit wurde das Saarland



1910
VOLKSSTIMME (VORNE) UND
GEWERKSCHAFTSHAUS (HINTEN) HANAU

HISTORISCHE EREIGNISSE

1901

Der DMV bildet 10 Bezirke

DIE GRÖSSTE INDUSTRIEGEWERKSCHAFT DER WELT

Gewerkschaftspolitisch brachten die ersten beiden Jahrzehnte dem DMV eine Reihe hart erkämpfter Erfolge. Die Arbeitszeit konnte um eine Stunde und mehr pro Tag verkürzt werden. Die Reallöhne stiegen um über 20 %. Immer mehr Tarifverträge wurden abgeschlossen.

Aber auch die Arbeitgeber organisierten sich. Immer öfter wurde die Aussperrung eingesetzt. Besonders hartleibig traten die Ruhrindustriellen auf. Bei Krupp wurde jeder entlassen, der irgendwie mit Gewerkschaften in Verbindung gebracht werden konnte. Schwarze Listen waren die Regel. Noch kurz vor Ende des Kaiserreichs erklärte der Vertreter der ‚Stahlbarone‘ stolz, noch keinen lebenden Gewerkschaftssekretär gesehen zu haben.



1910
KUNDGEBUNG
WAHLRECHT
FRANKFURT



1910
ADLERWERKE FRANKFURT

DER ERSTE WELTKRIEG 1914 - 1918

Der erste Weltkrieg veränderte alles. Bis zum Kriegsausbruch gab es in vielen Städten Friedenskundgebungen, die von der Arbeiterbewegung organisiert wurden. Als der Krieg Tatsache war, änderte sich die Situation. Wie alle Gewerkschaften schwenkte auch der DMV auf die Burgfriedenpolitik ein, ein Stillhalteabkommen mit der Regierung. Teilweise aus Angst vor dem Verbot und der Zerschlagung der Organisation, teilweise auch angesteckt von Patriotismus und der Hoffnung, von einem deutschen Sieg profitieren zu können.

Im DMV sammelte sich bald die Opposition gegen diese Politik. Ihr Kopf war ein junger politischer Sekretär in Frankfurt, der für die SPD und den DMV gearbeitet hatte: Robert Dissmann.

Auf dem Gewerkschaftstag 1917, während des Krieges, hielt Dißmann eine flammende Rede gegen den Burgfrieden. Mit einer knappen Mehrheit von 9 Stimmen entging der Vorstand noch einmal der Verurteilung seiner Politik. In Saarbrücken erklärte der dortige DMV-Bevollmächtigte, dass seine Organisation ein scharfer Gegner aller Streikbestrebungen sei. Im März 1918 beantragte dagegen die Jahresversammlung der DMV-Verwaltungsstelle Frankfurt am Main die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um mit der bisherigen Haltung zu brechen. Georg Bernard, ab 1920 Bezirksleiter des DMV, war einer der Befürworter des Antrages.

1920
VORSTAND DMV
RECHTS DISSMANN



1918 REVOLUTIONÄRE SOLDATEN FRANKFURTER HOF



STREIKEN GEGEN DEN KRIEG

In Berlin sammelten sich Vertrauenskörperleiter der größeren Metallbetriebe. Sie bildeten den Obleutekreis, der streng geheim arbeiten musste. An seiner Spitze stand Richard Müller, der Sprecher der Berliner Dreher. Dieser Kreis bereitete die größte Aktion vor, die es bis dahin zur Beendigung des Krieges gegeben hatte. Ende Januar 1918 streikten eine Million Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter in der Rüstungsindustrie eine Woche lang gegen den Krieg. Schwerpunkt war Berlin, wo sich allein 500.000 Menschen am Streik beteiligten. Aber auch in Leipzig, Braunschweig und anderen Städten gab es Arbeitsniederlegungen.

An den Streiks und Demonstrationen beteiligten sich viele Frauen. Während des Krieges waren weit über eine Million Frauen gezwungen, ihr Brot in der Rüstungsindustrie zu verdienen. Das bedeutete z.B. Granaten drehen, schwerste körperliche Arbeit, extrem lange Arbeitszeiten und oft schreckliche Unfälle. Am Ende des Krieges war fast ein Viertel der Mitglieder des DMV Frauen. Die Arbeitsbedingungen, der Hunger in den Familien und die Sorge um die Angehörigen an der Front trieb sie auf die Straße.

Der Streik erreichte sein Ziel nicht. Viele Streikende wurden an die Front geschickt. Aber er war so etwas wie die Generalprobe für die Novemberrevolution 1918.

HISTORISCHE EREIGNISSE

1914

Der DMV hält Burgfrieden

1918

Novemberrevolution

DIE NOVEMBERREVOLUTION 1918 UND DER RICHTUNGSWECHSEL IM VORSTAND

November 1918: Die Matrosen meuterten. Die Soldaten wählten Räte. In den Fabriken wurde gestreikt, Friedensdemonstrationen überall. Der Krieg musste beendet werden. Die Unternehmer waren aus Angst vor der Sozialisierung der Betriebe zu unglaublichen Zugeständnissen bereit: Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge. Alle Arbeitsverhältnisse sollten durch Tarifverträge geregelt werden, 8-Stundentag bei vollem Lohnausgleich. Deutschland erhielt eine demokratische Verfassung. Frauen bekamen zum ersten Mal das Wahlrecht.

1917
RÜSTUNGSPRODUKTION
STEMPEL AG
FRANKFURT



Aber diese Erfolge waren nicht gesellschaftlich abgesichert. Die wirtschaftliche Macht blieb unangetastet. Der Staatsapparat durfte weitermachen. In der Reichswehr herrschten die alten Offiziere. Das war umso fahrlässiger, da ein Machtkampf um die Verteilung der Lasten des verlorenen Krieges vor der Tür stand.

Auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 1919 zog der DMV Bilanz. Der alte Vorstand musste abtreten, und Robert Dißmann, der Sprecher der Opposition, wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er forderte, die Macht der Wirtschaft durch Sozialisierung von Schlüsselindustrien und betriebliche Mitbestimmung einzuschränken: Wer

das nicht tue, gebe den Unternehmern auch die politische Macht zurück.

DER BEZIRK FRANKFURT NACH DER NOVEMBERREVOLUTION

Der Bezirk Frankfurt hatte durch den Friedensschluss Lothringen und Luxemburg verloren, sonst blieb das Territorium gleich. Aber sein Gesicht veränderte sich vollkommen. Die Politisierung durch Krieg und Revolution hatte zur Folge, dass die Beschäftigten in die Gewerkschaften strömten, selbst in Gegenden, wo der DMV bisher „Unsummen von Zeit und Geld... vergeblich ausgegeben hatte“ (J.u.H. 1919, S.349). „Manche Orts-

gruppen kamen ganz von selbst“ (a.a.O, S. 260). Die Bezirksleitung hatte Mühe, die Beitragsmarken rechtzeitig zu liefern. Bei den Tarifverhandlungen registrierte man einen Organisationsgrad von 81,3% (a.a.O. S. 254).

In ganz Deutschland waren Ende 1919 etwa 70% aller Metallarbeiter/ innen im

DMV organisiert. Die Entwicklung im Saarland fällt besonders auf. Die Zeit der Alleinherrschaft der Familie Stumm war vorbei. Die Arbeiter in den Hüttenwerken organisierten sich. Gab es vor dem Krieg lediglich 408 Mitglieder (Ebenau, S.81), so hatte die Verwaltungsstelle Saarbrücken – zuständig für das ganze Saarland – jetzt mehr als 31000.

Das veränderte politische Klima hatte diese Erfolge ermöglicht. Aber sofort musste das Erreichte wieder verteidigt werden. Die Inflation setzte ein. In harten Auseinandersetzungen versuchte der DMV, die Löhne vor der Entwertung zu schützen. Das wurde immer schwieriger.

1919

Generalversammlung des DMV

DER KAMPF UM DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER NOVEMBERREVOLUTION

Die neue Demokratie war kaum ein Jahr alt, da wurde sie auf ihre erste Bewährungsprobe gestellt. Rechtsradikale Truppen unter Führung von Kapp und Lüttwitz putschten in Berlin. Die Reichswehr unternahm nichts. Nur ein gewaltiger Generalstreik mit mehr als 12 Millionen Beteiligten zwang die Putschisten nach einer Woche in die Knie. Die Mitglieder des DMV gehörten in vielen Orten zu den aktivsten Kämpfern für die Verteidigung der Demokratie. Aber die Kräfteverhältnisse hatten sich verändert. Das Be-

triebsrätegesetz von 1920 enthielt keine echten Mitbestimmungsrechte. Es folgten Jahre heftigster Streiks und Aussperungen. Die Regierung wurde inzwischen von bürgerlichen Parteien gebildet. Sie förderte die Inflation, um zu demonstrieren, dass sie die Kriegsschädigungen nicht zahlen konnte. Das kam zugleich den Unternehmern zugute, die über Sachmittel verfügten, z.B. Fabrikanlagen. Durch die Inflation stießen die klassischen gewerkschaftlichen Kampfmittel an ihre Grenzen. Der DMV forderte eine Sachmittelerfassung und Besteuerung, aber die Gewerkschaften konnten sich nicht zu einer entschlossenen politischen Aktion durchringen.

Die Inflation stieg und stieg. Zum Schluss vervielfältigten sich die Preise täglich, und die Einkommen fielen auf ein Hungerniveau. Jeden Nachmittag wurden die Löhne auf dem Fabrikhof neu verhandelt. Das Tarifsystem und das Unterstützungswesen brachen zusammen. Von diesem Schlag haben sich die Gewerkschaften nicht mehr erholt.

Auch der 8-Stundentag wurde in Frage gestellt. Im südlichen Teil des Bezirks Frankfurt hatten sich die Beschäftigten am Sonnabend etwas Luft verschafft und durften nach 6 Stunden heimgehen. 1922 griffen die Unternehmer zu einer Massenaussperrung und nahmen ihnen erst einmal dieses bisschen Freizeit am Wochenende. In einem schriftlichen Ultimatum hieß es zur Begründung: Der Verband der Metallindustriellen verlangt die 48-Stundenwoche deshalb, weil die wirtschaftliche Notlage unseres Volkes dieses gesetzlich zulässige Maß der Arbeitsleistung dringend erheischt. Ab 1924 wurde dann in der ganzen Metallindustrie wieder länger als 8 Stunden am Tag gearbeitet.

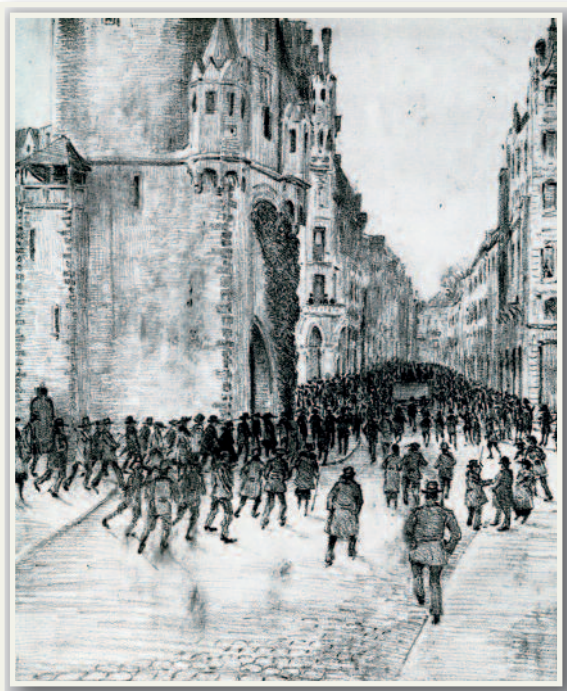


1926
DMV-SCHULE IN
BAD DÜRRENBURG

KURZE ATEMPAUSE

Die Lage spiegelte sich auch in der Mitgliederentwicklung wieder. Der Bezirk Frankfurt hatte Ende 1920 148.000 Mitglieder, Ende 1924 waren es nur noch 62.000. Nur langsam konnte danach ein Teil des verloren gegangenen Einflusses zurückgewonnen werden.

Die zweite Hälfte der zwanziger Jahre verlief zunächst ruhiger. Der DMV stabilisierte sich wieder. Mit Stolz konnte er 1926 die Einrichtung der ersten gewerkschaftlichen Bildungsstätte mit festangestellten Lehrern in Bad Dürrenberg feiern. Dies war ein besonderes Anliegen von Robert Dißmann gewesen, der leider im gleichen Jahr überraschend starb. Er war ein Mensch mit klaren politischen Grundsätzen und hatte es zugleich geschafft, den DMV in diesen stürmischen Zeiten zusammenzuhalten.



1920
DEMONSTRATION GEGEN
DEN KAPPUTSCH
FRANKFURT

HISTORISCHE EREIGNISSE

1920

Das Betriebsrätegesetz wird erlassen

1922

Aussperrung gegen den Achtstundentag

DIE WELTWIRTSCHAFTS- KRISE

Die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 1929 stellte alles bisher Erreichte in Frage. Im Sommer 1932 waren 23,5 % der DMV-Mitglieder noch vollbeschäftigt, 29 % in Kurzarbeit und 47,5 % arbeitslos. Die Industrieproduktion sank auf 42%. Arbeitskämpfe waren kaum noch möglich. Die Tarifverhandlungen gingen jetzt nicht mehr um Lohnerhöhungen, sondern um das Ausmaß der Lohnkürzung. Die Adlerwerke in Frankfurt forderten 1932 eine Lohnkürzung von 15%. Der Schlichter entschied auf 12%. Durch passiven Widerstand konnten die Arbeiter noch einige kleine Verbesserungen erreichen, mehr nicht.

DER KAMPF GEGEN DIE NSDAP

Der Sieg des Nationalsozialismus war nicht zwangsläufig. Noch immer hatten die Arbeiterparteien fast 40% der Wähler. Die Einbrüche der Nazis in das Industriearbeitermilieu waren vergleichsweise gering. Die Arbeitslosen wählten in ihrer Mehrheit kommunistisch. Aber die Arbeiterbewegung war tief gespalten. Kommunisten beschimpften die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten, spalteten die Arbeiterorganisationen und bildeten eigene Gewerkschaften. Sozialdemokraten nannten die Kommunisten

rotlackierte Nazis. Die Gefahren einer nationalsozialistischen Machtübernahme wurden von beiden Seiten völlig unterschätzt. Dringend notwendig wäre ein gemeinsames Handeln zur Verteidigung der Demokratie gewesen.

Nur wenige hatten verstanden, was die Stunde geschlagen hatte. Dazu gehörten linke Sozialdemokraten, die sich in der SAP gesammelt hatten - unter ihnen Otto Brenner, der spätere Vorsitzende der IG Metall - und die oppositionellen Kommunisten der KPO, zu denen Willi Bleicher zählte, der spätere Stuttgarter Bezirksleiter. Ihre warnenden Stimmen gingen aber im Kampfgetöse der Parteien unter.

Selbst als die demokratische preußische Regierung widerrechtlich im Juni 1932 durch den rechten Reichskanzler von Papen abgesetzt wird, konnten sich Gewerkschaften und Parteien nicht zu einer gemeinsamen Aktion entschließen. Danach wurde die Lage immer schwieriger. Auch die letzte Chance zum gemeinsamen Widerstand, die Ernennung Hitlers als Reichskanzler am 30. Januar 1933, wurde vertan.

Der DMV äußerte sich kritischer und kämpferischer als andere Gewerkschaften, aber

auch er ordnete sich der Mehrheit unter. Im April 1933 versuchten die Gewerkschaften ihre Organisation zu retten, indem sie ihre Beteiligung an offiziellen Maifeiern anboten.

Die Nazis begriffen das höchstens als Zeichen der Schwäche und verboten die Gewerkschaften am 2. Mai.

1931
GEWERKSCHAFTSHAUS
FRANKFURT



1933
GEWERKSCHAFTSHAUS
FRANKFURT



1929

Weltwirtschaftskrise

1933

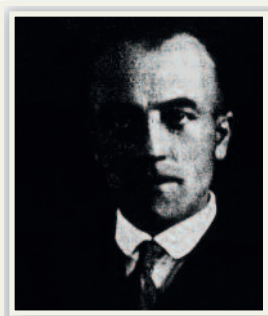
Machtübergabe an die NSDAP

DER SIEG DES FASCHISMUS UND DER WIDERSTAND AUS DER ARBEITERBEWEGUNG

In wenigen Wochen wurde die Aufbauarbeit mehrerer Generationen zerstört. Die Tarifverträge wurden beseitigt, Betriebsräte abgeschafft, Streiks verboten. Die Unternehmer konnten im Betrieb wieder schalten und walten, wie sie wollten. Zur Not stand ihnen der Gewaltapparat des Staates zur Verfügung. Betriebliche Aktionen waren nur im kleinsten Umfang möglich. Wer im Sinne der Gewerkschaft weiterarbeiten wollte, musste dies illegal tun. Das war nur noch in kleinen Zirkeln möglich.

Der erste und stärkste Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur kam aus der Arbeiterbewegung. Aus der neueren Forschung wissen wir, dass sich viel mehr Kolleginnen und Kollegen als bisher vermutet im gewerkschaftlichen Widerstand organisiert hatten. Sie bildeten Gruppen und Netzwerke, tauschten Nachrichten aus und unterstützten sich gegenseitig. Soweit es möglich war, versuchten sie, die Nazis zu entlarven und kleine Aktionen durchzuführen. Eine besonders wichtige Arbeit leistete die Internationale Transportarbeiterföderation unter Edo Firmen, die Verbindungen nach Deutschland herstellte und Unterstützung organisierte.

Die meisten, die in den Widerstand gingen, organisierten sich allerdings in politischen Zusammenhängen. An fast allen größeren Widerstandsgruppen aus der Arbeiterbewegung waren Metallerrinnen und Metalller beteiligt. Viele von ihnen wurden verhaftet, ins Zuchthaus oder KZ geworfen und mussten für ihren Mut und ihre aufrechte Haltung mit der Gesundheit oder dem Leben bezahlen. Unter ihnen ist der Wetzlarer Metallarbeiter Erich Deibel, bis zum Verbot 1933 Mitglied des DMV. Er arbeitete seit 1938 in den Wetzlarer Buderus-Eisenwerken. Nach dem Beginn des Krieges 1939 hörte er regelmäßig deutschsprachige Sendungen des Londoner Rundfunks, spricht darüber mit Arbeitskollegen und verbreitet bei Buderus Losungen gegen die NS-Diktatur. Vier Wochen nach dem Überfall deutscher und verbündeter Truppen auf die Sowjetunion schreibt er in der Nacht zum 22. Juli 1941 die Parole "Arbeiter - Helft Russland - Streikt - auf für die KPD" an eine Wand. Noch am selben Tag festgenommen, wird er am 6. Juni 1942 zum Tode verurteilt und am 15. August 1942 in Plötzensee ermordet.



ERICH DEIBEL
METALLARBEITER
AUS WETZLAR

1942
BEKANNTMACHUNG DER
HINRICHTUNG VON
ERICH DEIBEL



1881-1945
ERNST MULANSKY, BIS 1933
ERSTER BEVOLLMÄCHTIGTER DES DEUTSCHEN
METALLARBEITER VERBANDES



HISTORISCHE EREIGNISSE

15. AUGUST 1942

Der Wetzlarer Arbeiter Erich Deibel wird hingerichtet

1945

Deportation in das KZ Dachau, dort am 27.04.1945 an den Haftfolgen gestorben

GEORG BERNARD, FRANKFURTER BEZIRKSLEITER

Als weiteres Beispiel soll hier an die Geschichte des Frankfurter Bezirksleiters Georg Bernard erinnert werden. Nach seiner Entlassung aus dem DMV 1933 versuchte er, ein Netzwerk zwischen den alten DMV-Kollegen aufzubauen. Das wurde von der Gestapo entdeckt. Bernard wurde daraufhin 1934 verhaftet und in das KZ Esterwegen gebracht, wo er unter erniedrigenden Bedingungen inhaftiert war. Nach seiner Entlassung 1935 stand er praktisch unter Polizeiaufsicht. Er setzte seine Tätigkeit fort, wenn auch sehr viel vorsichtiger. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er erneut verhaftet und ins KZ Dachau gebracht. Hier starb er am 4. März 1945 in der Haft.



GEORG BERNARD
BEZIRKSLEITER FRANKFURT

Seit dem 4. März 2005, seinem 60. Todestag, verleiht der Bezirk Frankfurt/Mitte jährlich am 4. März die Georg-Bernard-Plakette an zivilgesellschaftliche Jugendprojekte, die sich durch ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und gegen Rechtsextremismus verdient gemacht haben.



GEORG BERNARD PLAKETTE
WIRD JÄHRLICH FÜR ENGAGEMENT GEGEN
RECHTSEXTREMISMUS VERLIEHEN

1934 UND 1944

Der frühere Bezirksleiter des DMV, Georg Bernard wird von den Nazis verhaftet

4. MÄRZ 1945

Georg Bernard stirbt in der Haft im KZ Dachau

II. DIE INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL (IG METALL)

KRIEGSENDE 1945. BETRIEBSRÄTE ORGA- NISIEREN DEN WIE- DERAUFBAU

Mai 1945: Der 2. Weltkrieg ist vorbei. Deutschland war von den Alliierten-Truppen besetzt. Nach dem Ende der Kriegshandlungen versammelten sich die übrig gebliebenen Kolleginnen und Kollegen wieder in den Betrieben. Da geschah etwas Außergewöhnliches. In der Industrie entstanden fast überall Betriebsräte, obwohl es dafür weder eine Anordnung noch eine gesetzliche Grundlage gab. Sie wurden von den Beschäftigten bestimmt oder in Versammlungen auf dem Fabrihof gewählt. Die Besatzungsmächte nahmen das hin und genehmigten schließlich im Herbst 1945 reguläre Betriebsratswahlen. Dies waren die ersten demokratischen Wahlen in Deutschland nach der Nazizeit. Die meisten dieser Betriebsräte gehörten zu der Generation, die die Novemberrevolution mitgemacht hatte und schon in den zwanziger Jahren gewerkschaftlich aktiv war.

Eine erhebliche Zahl der Unternehmer war als Wehrwirtschaftsführer und aktive Nazis schwer belastet. Sie waren untergetaucht, inhaftiert oder wurden von den Alliierten nicht akzeptiert. Unter solchen Umständen nahmen an vielen Orten die Betriebsräte - oft im Konflikt mit den Geschäftslei-

tungen - den Wiederaufbau der Betriebe in die Hand. Es ging darum, Dinge des täglichen Gebrauchs zu produzieren, für die man bei den Bauern oder den Besatzungstruppen Lebensmittel eintauschen konnte. Viele Beschäftigte waren ausgebombt oder geflohen. Sie standen buchstäblich vor dem Nichts. Auch ihnen musste mit dem Nötigsten geholfen werden. Für Flüchtlinge und zurückkehrende Kriegsgefangene wurden neue Arbeitsplätze geschaffen. In manchen Fällen waren die Betriebsräte sogar gezwungen, gegen die Demontage des Betriebes zu kämpfen, z.B. bei den Stahlwerken in Salzgitter. Besonders wichtig war den Betriebsräten, die harten Parteigänger der Nazis aus den Betrieben zu entfernen.

Nie wieder hatten Betriebsräte so viel Einfluss auf das Geschehen in den Betrieben wie in dieser Zeit. „Bei den Buderus'schen Eisenwerken in Wetzlar versammelten sich bereits wenige Tage nach der Befreiung am 29.3.1945 die überlebenden Mitglieder des früheren Betriebsrates. Nach ihren Vorstellungen sollte in den Eisenwerken und bei Röchling-Buderus sofort mit Aufräumarbeiten begonnen werden... In eigener Ver-

antwortung wurden diese Maßnahmen von den Betriebsräten eingeleitet. Ebenso geschah es bei den Opelwerken in Rüsselsheim und bei den Henschelwerken in Kassel.“ (A. Jacobi-Bettien; S. 318) Ein Betriebsrat bei Heraeus in Hanau erinnert sich: „Wir haben langsam die Produktion beim Aluminiumgeschirr angekurbelt und Elektrokocher produziert. Der einstige Konzernchef hatte in dieser ersten Phase praktisch gar nichts zu sagen.“ (Päkh, Hanau S. 213) Der Opel-Betriebsrat Fritz Zän-

gerle erklärte auf einer Betriebsversammlung im Februar 1946: „Früher wurde die Macht der Gewerkschaft mit den Worten zum Ausdruck gebracht: Alle Räder stehen still. Heute muss es heißen: Alle Räder, die noch existieren, sollen wieder rollen. Aber nicht zum Nutzen einer kleinen Klasse, sondern zum Wohle des gesamten Volkes.“ (A. Jacobi-Bettien, S. 339)

1946
DELEGIERTE AUS WETZLAR
BEI GEWERKSCHAFTSVER-
SAMMLUNG IN FRANKFURT



HISTORISCHE EREIGNISSE

8. MAI 1945

Befreiung von Krieg und
Diktatur

Die Aufbauarbeit wurde den Betriebsräten wenig gedankt. Im November 1946 versuchte Otto Brenner, IG Metall Vorsitzender in Hannover, in einem mehr als dreiwöchigen Streik bei der Firma Bode Panzer – dem ersten seit Kriegsende – die erreichten Mitbestimmungsrechte tariflich festzuschreiben.

Das gelang zwar für den Betrieb, aber nicht mehr in der Fläche. Die Unternehmer weigerten sich mit aller Kraft, rechtlich bindende Zugeständnisse zu machen.

DIE NEUGRÜNDUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem Kriegsende entstanden überall auch die Gewerkschaften neu. Aber der Zusammenschluss der örtlichen Einheiten kam nur langsam voran. Die Westalliierten verzögerten diesen Prozess. Erst im Oktober 1948 auf dem Vereinigungsverbandstag in Lüdenscheid konnten sich die Metallgewerkschaften der britischen und amerikanischen Besatzungszone zusammenschließen. Das war der Beginn der Existenz der IG Metall als landesweiter Gewerkschaft. Allerdings durften sich die Metallerrinnen und Metaller der französischen Besatzungszone erst ein Jahr später anschließen.

Als gleichberechtigte Vorsitzende wurden Hans Brümmer, Walter Freitag und Wilhelm Petersen gewählt. Alle drei waren schon im DMV hauptamtlich gewesen, kamen aus dem Widerstand und hatten in der Nazizeit Verfolgung und Haft auf sich genommen. Im Oktober 1949 schlossen sich 16 Einzelgewerkschaften zum DGB zusammen.

Das DGB-Programm wollte die politische Demokratie durch eine wirtschaftliche Demokratie

absichern. Schlüsselindustrien sollten in Gemeineigentum überführt werden, ergänzt durch eine starke Mitbestimmung in den Betrieben und eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung. Das entsprach auch den Vorstellungen der IG Metall.

1947
TRÜMMERRÄUMUNG HANAU
QUARZLAMPENGESELLSCHAFT



OKTOBER 1949

Wiedergründung der IG Metall

OKTOBER 1949

Wiedergründung des DGB

EINHEITSGEWERKSCHAFT

Die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hatten auch organisatorische Konsequenzen. Nie wieder sollte die Zerstrittenheit der Gewerkschaftsbewegung den Sieg einer solchen Diktatur erleichtern. Daher wurden überall Einheitsgewerkschaften gegründet. Das bedeutete für die Metallindustrie: Alle wichtigen gewerkschaftlichen Strömungen - der DMV, der Christliche Metallarbeiter-Verband und der zeitweilig abgespaltene kommunistische Verband - schlossen sich zu einer gemeinsamen, politisch unabhängigen Interessenvertretung zusammen. Außerdem nahm die IG Metall jetzt auch Angestellte auf. Damit konnten die Arbeitnehmer/innen in der Metallindustrie zum ersten Mal mit einer Stimme sprechen. Dafür wählte man einen neuen Namen: IG Metall.

Der Christliche Metallarbeiter-Verband – nicht zu verwechseln mit der heutigen CGM – wurde 1899 gegründet. Er war im katholischen Arbeitermilieu verwurzelt und blieb – im Vergleich zum DMV - eine kleine Organisation. Politisch war er eher wirtschaftsfriedlich und konservativ eingestellt, aber wenn es um die unmittelbaren Interessen der Arbeiter ging, durchaus konfliktbereit. Unter dem Druck der Verhältnisse hatte er sich langsam dem DMV angenähert.

DER BEZIRK FRANKFURT ENTSTEHT NEU

Der Bezirk Frankfurt war nach dem Krieg in drei Teile gespalten: Hessen gehörte zur amerikanischen und Rheinland-Pfalz zur französischen Besatzungszone. Das Saarland wiederum hatte einen besonderen Status. Frankreich begann, das Land in sein eigenes Wirtschaftsgebiet zu integrieren. Als weiterer Schritt sollte dann die politische Eingliederung erfolgen.

Der Aufbau der IG Metall in Hessen verlief relativ unproblematisch. Ende 1945 wurden in Offenbach, Wetzlar und Frankfurt die ersten Verwaltungsstellen wiedergegründet, die restlichen folgten im nächsten Jahr. Am 22./23. Juni 1946 gründete sich der Landesverband Hessen. Vorsitzender wurde der spätere Bezirksleiter Hans Eick. Die Rheinlandpfälzer hatten es schwerer mit der französischen Besatzungsmacht. Erst im Februar 1950 konnte der Zusammenschluss mit den Hessen vollzogen werden, diesmal einschließlich der Pfalz. Hier war bis dahin Fritz Baumgärtner Landesleiter der Metallgewerkschaft gewesen, der nun Bezirkssekretär in der Nebenstelle des Bezirks in Ludwigshafen wurde. Diese Nebenstelle wurde 1954 aufgehoben.

Noch länger dauerte das Zusammengehen mit IG Metall im Saarland. Auch hier waren nach dem

Kriege sehr schnell IG Metall Verwaltungsstellen entstanden. Aber erst als nach einer Volksabstimmung der endgültige Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik 1956 vollzogen wurde, konnte sich die IG Metall an der Saar mit dem restlichen Bezirk vereinen.

WÄHRUNGSREFORM UND „WIRTSCHAFTSWUNDER“

Im Juni 1948 war die Währungsreform durchgeführt worden. Jetzt konnte man zwar wieder etwas für sein Geld kaufen. Aber die Lohnempfänger – anders als die Sachwertbesitzer - standen mit leeren Händen da. Dagegen protestierten am 12. November 1948 über 9 Millionen Beschäftigte mit einem 24-stündigen Generalstreik. Immerhin wurde der bestehende Lohnstopp aufgehoben

In den Jahren nach der Währungsreform verbesserte sich die wirtschaftliche Lage Westdeutschlands Schritt für Schritt. Wenige Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges begann der kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion und ihren jeweiligen Verbündeten. Die Bundesrepublik wurde als Mitstreiter gegen das sowjetische Lager benötigt. Die Westalliierten stellten die Demontagen ein und verzichteten weitgehend auf Wiedergutma-

chungszahlungen. Im Gegenteil: Die junge Bundesrepublik konnte von den amerikanischen Marshall-Plan-Geldern zum Wiederaufbau Europas profitieren. Die Westmächte sorgten auch für einen schnellen Zugang zum Weltmarkt, der sich nach dem Kriegsende gewaltig belebte. Die Kriegsschäden der Unternehmen waren viel niedriger als erwartet. Noch im August 1944 hatte die deutsche Kriegswirtschaft ihren höchsten Stand erreicht.

Die Industrieanlagen waren beschädigt, aber vorhanden. Vor allem aber gab es jede Menge hochqualifizierter Arbeitskräfte, die mit ihrem Sachverstand und Erfindungsreichtum in der Lage waren, diese Anlagen wieder in Gang zu setzen. Sie waren trotzdem gezwungen, zu niedrigsten Löhnen zu arbeiten. Das gab der deutschen Wirtschaft einen deutlichen Konkurrenzvorteil. Außerdem bestand eine gewaltige Nachfrage nach den nötigsten Dingen des Lebens. Das waren die Grundlagen des deutschen Wirtschaftswunders.

HISTORISCHE EREIGNISSE

1946

Der Landesverband Hessen der IG Metall wird gegründet

1950

Vereinigung mit der IG Metall Rheinland-Pfalz

1956

Zusammenschluss mit der IG Metall des Saarlandes

DER WIND DREHT SICH

Die Unternehmer bekamen durch die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, den kalten Krieg und die neue Bundesregierung unter Kanzler Adenauer wieder Oberwasser. 1951 gelang es noch, durch eine Urabstimmung und die Androhung eines Streiks die erweiterte, paritätische Mitbestimmung bei Bergbau und Stahl zu verteidigen. Aber 1952 wurde ein Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet, das keine wirklichen Mitbestimmungsrechte enthielt und hinter das zurückfiel, was in manchen Bundesländern und Betrieben erreicht worden war. Auch die IG Metall bekam den Gegenwind zu spüren. Sie musste fast jedes Jahr einen großen Arbeitskampf führen.

1950
TARIFBEWEGUNG
FRANKFURT RÖMER



1952

Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes

DIE BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DEN FRANKFURTER BEZIRK

1951
HESSENSTREIK
FRANKFURT UND HANAU

Für den Bezirk Frankfurt kam die große Herausforderung im Jahre 1951. Die Konjunktur begann anzuziehen, die ersten Anzeichen des Wirtschaftswunders machten sich bemerkbar. Trotzdem waren die hessischen Arbeitgeber nicht bereit, auch nur einen Pfennig mehr zu zahlen. Überstunden bis zum Umfallen, aber keine Lohnerhöhungen. Noch war die Arbeitslosigkeit hoch und die Menschen hatten praktisch keine Rücklagen. Darauf zählte die Arbeitgeberseite.

Der Bezirk Frankfurt ging trotzdem in den Arbeitskampf. Der Streik begann in Frankfurt, Offenbach, Hanau und Darmstadt. Er dauerte 4 Wochen und umfasste auf dem Höhepunkt 80.000 Beteiligte. Am Ende stand zwar nur eine magere Lohnerhöhung um 7 bzw. 12 Pfennige pro Stunde. Aber das Lohndiktat war gebrochen. Der Bezirk Frankfurt hatte seine Bewährungsprobe bestanden.



1951
HESSENSTREIK
OPEL RÜSSELSHEIM

HISTORISCHE EREIGNISSE

1951

Hessenstreik

OTTO BRENNER UND DAS AKTIONSPRO- GRAMM DES DGB

In der IG Metall war Otto Brenner 1952 in den IG Metall-Vorstand aufgerückt und 1956 zum ersten Vorsitzenden gewählt worden. Dieses Amt behielt er bis zu seinem Tode 1972. Brenner war schon in den 20er Jahren gewerkschaftlich aktiv gewesen. 1933 wurde er verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die restliche Nazizeit schlug er sich unter ständiger Polizeiaufsicht mit Gelegenheitsarbeiten durch.

Mitte der 50er Jahre war den Gewerkschaften klar, dass sie ihre gesellschaftlichen Neuordnungsvorstellungen vorläufig nicht verwirklichen konnten. Sie konzentrierten sich daher ganz auf die unmittelbaren Probleme der Beschäftigten.

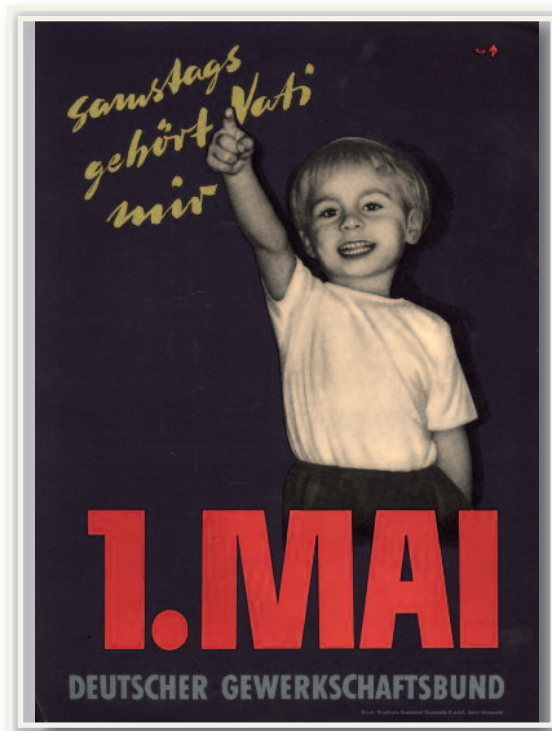
Unter Brennens Federführung wurde 1955 vom DGB ein Aktionsprogramm entwickelt, das sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, bessere Sozialversicherung, Vollbeschäftigung und Mitbestimmung konzentrierte. Die Arbeitszeit hatte dabei einen besonderen Stellenwert. Bekannt ist das legendäre Maiplakat von 1956: „Samstags gehört Vati mir“.

In den nächsten 40 Jahren arbeitete der DGB dieses Aktionsprogramm ab – mit der



IG Metall an der Spitze. Wurde damals noch 48 Stunden gearbeitet, so stand am Ende die 35-Stunden Woche. Anstelle von 10 Tagen erreichten die Gewerkschaften 6 Wochen bezahlten Urlaub. Die Löhne in Kaufkraft gemessen verdreifachten sich. Die Renten wurden ebenso erhöht und ihre Anpassung an die Lohnentwicklung durchgesetzt. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 erhielten die Betriebsräte zum ersten Mal echte Mitbestimmungsrechte. Das war eine Erfolgsgeschichte.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung erleichterte diese Erfolge. Durchgesetzt werden konnte sie aber nur durch eine beharrliche, zielstrebige Gewerkschaftsarbeit.



1956
HAFENBARKASSE KIEL



1956

Samstags gehört Vati mir

DER STREIK UM DIE LOHNFORTZAHLUNG IM KRANKHEITSFALL

In Bayern hatten 1954 mehr als 120.000 Beschäftigte gestreikt. Die IG Metall konnte zwar eine Lohnerhöhung erreichen. Aber nach dem Streik wurden viele aktive Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler entlassen. Seit dem Bayernstreik standen bei der IG Metall die Zeichen auf Sturm.

Otto Brenner und der IG Metall Vorstand wussten, dass sie einer Auseinandersetzung mit dem Unternehmerlager nicht aus dem Weg gehen konnten. Sie wollten diese Kraftprobe, aber zu ihren Bedingungen. Darauf arbeiteten sie planmäßig hin. Zum Gegenstand des Konfliktes machte der IG Metall Vorstand ein Thema, bei dem es nicht in erster Linie um Geld, sondern um soziale Gerechtigkeit, Anerkennung und Gleichberechtigung ging:

Für Arbeiterinnen und Arbeiter galten im Krankheitsfall die ersten drei Tage als sogenannte Karenztage, in denen kein Lohn gezahlt wurde. Die Angestellten dagegen bekamen ihren Lohn vom ersten Tage an weitergezahlt. Diese schreiende Ungerechtigkeit sollte beseitigt werden. Das war die Hauptforderung der IG Metall.

Die IG Metall wählte ein kleineres Tarifgebiet aus, um die

Streikkosten nicht in die Höhe zu treiben. Schleswig-Holstein war dafür besonders gut geeignet. Der Organisationsgrad im Arbeiterbereich war hoch (71,9%). Es existierte ein gut ausgebauter Vertrauenskörper. Auf die kampfbereiten Werftarbeiter war Verlass.

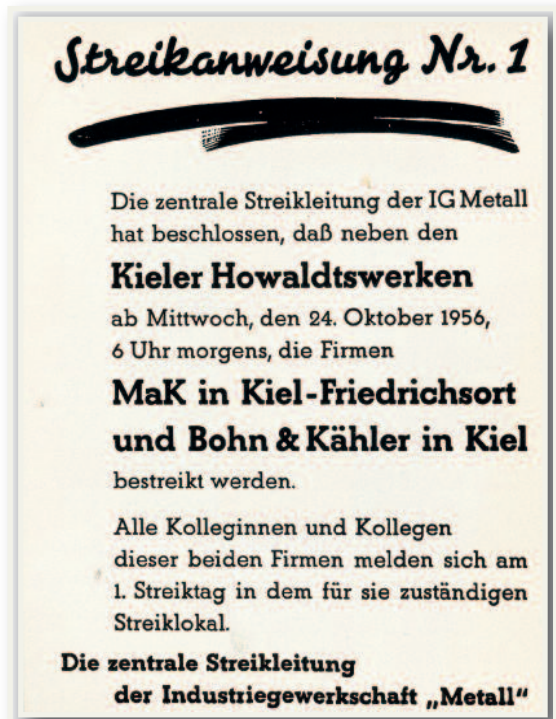
Der Streik wurde auf eine neue Weise geführt, wie eine soziale Bewegung. Zum ersten Mal wurden nicht nur die Streikenden, sondern ihre Familien und das Umfeld in das Geschehen mit einbezogen. Obwohl der Streik über Weihnachten geführt werden musste, blieben der Zusammenhalt und die Geschlossenheit vorbildlich.

Der Arbeitskampf im Winter 1956/57 dauerte 14 Wochen. Selbst die Bundesregierung beschäftigte sich damit. Die Arbeitgeber erkannten die exemplarische Bedeutung dieses Streiks und waren schwer zu einem Kompromiss zu bewegen. Vier Mal stimmten die Streikenden ab, bis es ein Angebot gab, das nicht von vornherein abgelehnt wurde. Die Karenztage konnten zwar nicht ganz abgeschafft werden, wurden aber stark eingeschränkt. Die Arbeitgeber konnten sich mit ihrer Niederlage schwer abfinden. Sie verklagten die IG Metall auf Schadensersatz. Die Urabstimmung kurz vor

dem Arbeitskampf sei schon eine Arbeitskampsmaßnahme gewesen. Das Bundesarbeitsgericht gab den Arbeitgebern Recht und verurteilte die IG Metall zu einem Schadensersatz von 38 Millionen DM. Zum Vergleich: der gesamte Arbeitskampf hatte der IG Metall 33 Millionen gekostet. Die IG Metall legte Verfassungsklage ein. Die Arbeitgeberseite traute sich jedoch nicht, die Forderung einzuklagen und gab sich mit der Rücknahme der Verfassungsklage und einem Schlichtungsverfahren zufrieden.

Der Erfolg der IG Metall hatte langfristige Folgen: Die harten Arbeitskämpfe hörten für lange Zeit auf. Die Verbesserung der Lohnfortzahlung wurde schon ein halbes Jahr später in einem Bundesgesetz übernommen. Vor allem: Die IG Metall war ein wichtiger Akteur in der deutschen Innenpolitik geworden.

1956 -57
IG METALL
SCHLESWIG-HOLSTEIN



HISTORISCHE EREIGNISSE

1956/57

14 Wochen Streik für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

STÖRFEUER

Nur noch einmal gab es Störfeuer. 1963 entstand eine kleine Delle im Wirtschaftswachstum. Daraufhin verlangten die Metallunternehmer in Baden-Württemberg einen Lohnstopp. Die IG Metall wehrte sich mit regionalen Streiks, die Arbeitgeber antworteten mit einer totalen Aussperrung. Plötzlich standen 350 000 Beschäftigte auf der Straße. Die Empörung und auch die Kampfbereitschaft der Betroffenen waren groß. Die Bezirksleitung unter Willi Bleicher hielt entschlossen dagegen. Nach zwei Wochen musste der Wirtschaftsminister Erhard vermitteln. Das Ergebnis war eine deutliche Lohnerhöhung. Seit dieser Zeit galt der Bezirk Baden-Württemberg als Speerspitze der Lohnbewegungen.

VERTEIDIGUNG DES FRIEDENS UND DER DEMOKRATIE

Politisch stand diese Zeit im Zeichen des kalten Krieges. Friedenspolitik und Verteidigung der Demokratie standen daher ganz oben auf der politischen Agenda der IG Metall. Sie beteiligte sich an den Kundgebungen gegen die Wiederbewaffnung und die atomare Aufrüstung der Bundeswehr.

Sie stand an der Spitze der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, mit denen im

Krisenfall demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden konnten. Die Gesetze wurden 1968 dann doch, wenn auch in abgeschwächter Form, verabschiedet.

BILDUNGSARBEIT AUF NEUEN WEGEN

Gewerkschaftlich bot die Zeit des Wirtschaftswunders relativ günstige Handlungsbedingungen. Das bedeutete nicht nur Routine. Es gab auch neue Anstöße. In der IG Metall entwickelten Heinz Dürrbeck und Hans Matthöfer die betriebsnahe Bildungsarbeit zur Erschließung und Aktivierung von

Mitgliedern, die Vieles der späteren Mitgliederentwicklungsprojekte vorwegnahm. Besonders eindrucksvoll war die ‚Ford Aktion‘ in Köln. Von den 20 000 Beschäftigten gehörten nur 1000 zur IG Metall. Nach wenigen Jahren waren Vertrauenskörper und Betriebsrat neu aufgestellt und Mitgliederzahl hatte sich vervielfacht.

An der Universität Marburg lehrten Wolfgang Abendroth und sein Nachfolger Frank Deppe politische Wissenschaften. Sie gehörten zu den wenigen Hochschullehrern, die ihre Studentinnen und Studenten an die Geschichte der Arbeiterbewe-

gung und die aktuellen Probleme gewerkschaftlicher Politik heranführten. Sie suchten auch immer wieder den Kontakt zur Verwaltungsstelle Marburg und zum Bezirk Frankfurt. In diesem besonderen Klima konnte auch die studentische Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AGF) entstehen. Von ihr gingen sehr viele Impulse für die IG Metall Bildungsarbeit aus. Die AGF erwies sich außerdem als eine Art Biotop für spätere politische Sekretärinnen und Sekretäre in den Gewerkschaften.

1966
DEMONSTRATION GEGEN NOT-
STANDSGESETZE FRANKFURT



1963

Aussperrung in Baden-Württemberg

1968

Die Notstandsgesetze werden verabschiedet

1968: DIE STUDENTEN- UND JUGENDBEWEGUNG

Der größte Anstoß zu Veränderungen aber ging von der Studenten- und Jugendbewegung aus. 1968 und in den folgenden Jahren rebellierten zunächst die Studenten, dann ein ganze Generation junger Menschen gegen die Engstirnigkeit und den autoritären Geist der Adenauerära, gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Verdrängung der Nazizeit und für ein freieres und selbstbestimmtes Leben.

Dies hatte enorme Auswirkungen auf die IG Metall. In der kurzen Zeit von 1968 bis 1974 wuchs die Organisation um mehr als 60.000 Mitglieder. Im Bezirk Frankfurt stieg die Zahl sogar noch stärker: von 273.000 auf 374.000, ein Zuwachs von über 100.000 Mitgliedern oder 37% in den Jahren von 1968 bis 1978.

Die jungen Kolleginnen und Kollegen waren nicht bequem. Sie waren frech, sahen verwegener aus und stellten ungewöhnliche Fragen. Aber sie wollten etwas tun. Es gab sogar radikale Studenten, die in den Betrieb gingen. Die, die blieben, wurden meistens gute Vertrauensleute und Betriebsräte. Die neue Jugendbewegung erfüllte die Gewerkschaft mit Leben. Damals entstand in der IG Metall eine selbständige Ju-

gendarbeit mit eigenen Aktionsformen und Zielen, wie wir sie bis heute kennen.

Frankfurt war ein Zentrum der Studenten- und Jugendbewegung. Hier verband sich kritische Gesellschaftstheorie mit politischen Aktionen. In Frankfurt befand sich auch der Vorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), des politischen Zentrums in den Anfangsjahren der Studentenbewegung. Statt auszugrenzen suchten Otto Brenner und die IG Metall den Dialog. Helmut Schauer, früherer Vorsitzender des SDS, wurde später einer der strategischen Köpfe der Tarifabteilung.

AUFBRUCHSTIMMUNG

Das gesellschaftliche Klima änderte sich in diesen Jahren. Im September 1969 korrigierten die Stahlarbeiter mit spontanen Streiks ein überholtes Tarifergebnis. Der Bezirksleiter Hans Pleitgen delegierte damals einen neuen Bezirkssekretär ins Saarland, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen.

Der Regierungsantritt Willy Brandts im gleichen Jahr mit der Forderung ‚Mehr Demokratie wagen‘ setzte ein Zeichen. Das Thema Mitbestimmung konnte



1968
IG METALL BILDUNGSZENTRUM
SPROCKHÖVEL

wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der größte Erfolg war das Betriebsverfassungsgesetz, das 1972 in Kraft trat. Es enthielt zum ersten Mal ernsthafte Mitbestimmungsrechte, stärkte die Jugendvertretung und sicherte den Gewerkschaften den Zugang zum Betrieb. Ebenfalls neu waren die Freistellungsregelungen zur Weiterbildung von Betriebsräten. Unter dem langjährigen verantwortlichen Vorstandsmitglied Hans Preiss

baute die IG Metall ihr Bildungswesen enorm aus. Heute besuchen annähernd 100.000 Mitglieder jedes Jahr die Seminare der IG Metall.

HISTORISCHE EREIGNISSE

1969

Septemberstreiks im Saarland

1972

„Mehr Demokratie wagen“:
Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

HUMANISIERUNG DER ARBEIT

Mit dem Lohnrahmentarif II, der 1973 in Baden-Württemberg erstrickt wurde, nahm die IG Metall tarifpolitisch ein neues Thema auf, die Humanisierung der Arbeit. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist immer Aufgabe der Gewerkschaften gewesen. Aber mit den wachsenden Rationalisierungswellen und der weiteren Verdichtung der Arbeit gewannen diese Fragen neue Bedeutung. Es gelang in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, zahlreiche Projekte zur Humanisierung der Arbeit auf den Weg zu bringen. Dieser fruchtbare Ansatz wurde später unter der Regierung Kohl abgewürgt. Er sollte angesichts der Herausforderungen von Industrie 4.0 unbedingt wieder aufgenommen werden.

AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE KOMMEN NACH DEUTSCHLAND

Mitte der 50er Jahre kamen die ersten ausländischen Arbeitskräfte nach Deutschland. Was ursprünglich als vorübergehende Beschäftigung gedacht war, ist längst zur Normalität geworden. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen hatten in Deutschland Fuß gefasst. Deutschland wurde zu einem Einwanderungsland. Viele von ihnen traten in die Gewerk-



1973
HUMANISIERUNG DER ARBEIT

schaften ein. Sie schufen sich eigene Vertretungsorgane und wurden als Vertrauensleute und Betriebsräte gewählt. Auch sie erfüllten die Gewerkschaft mit neuem, buntem Leben.

Hier fand und findet ein stetiger und unaufgeregter Integrationsprozess statt. Ängste und Vorurteile auf allen Seiten mussten abgebaut werden. Die IG Metall wehrte sich gegen alle Versuche, ausländische und deutsche Beschäftigte gegeneinander auszuspielen. Damals wie heute kämpft sie für Weltoffenheit und die Solidarität aller Lohnabhängigen, setzt sich für Flüchtlinge ein und verteidigt das Recht auf politisches Asyl.

1964
ISTANBUL



1973

Werktage werden besser:
Lohnrahmentarifvertrag II in
Nordwürttemberg-Nordbaden

NEUE WEGE DER GEWERKSCHAFTLICHEN FRAUENARBEIT

Die Frauen traten jetzt selbstbewusster auf. Die Frauenbewegung wirkte auch in die Gewerkschaften hinein. Die Frauenarbeit änderte sich. Die Kolleginnen wollten nicht länger als arbeitsmarktpolitische Verschiebemasse missbraucht werden. Sie bestanden auf einer eigenständigen qualifizierten Berufstätigkeit. Die Frauen wehrten sich jetzt offensiver gegen die geringere Bezahlung bei gleicher Arbeit, z.B. mit Höhergruppierungsaktionen. 1988 gelang es endlich, die Leichtlohngruppen ganz abzuschaffen. Gleiche Bildungschancen für Mädchen wurden eingefordert. Die Beschränkung der Ausbildungsplätze von Frauen auf wenige, schlecht bezahlte Berufe sollte durchbrochen werden. Mädchen wurden ermutigt, auch in gewerblich-technische Berufe zu gehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelte sich zum neuen Leitbild. Elternzeit und familienfreundliche Arbeitszeiten wurden eingefordert, alte Rollenmuster in Frage gestellt. Gleichstellungspolitik und Quotenregelungen wurden zum Thema gemacht.

Dies hatte auch Folgen in der Organisation. Die Zahl der weiblichen Mitglieder wuchs von 200 000 auf 400 000. Mit Kirsten Rölke wurde 1984 in



1983
DGB-KUNDGEBUNG BONN

Flensburg zum ersten Mal eine Frau als Bevollmächtigte gewählt. Heute gibt es 28,5 % politische Sekretärinnen und 31,3% Frauen in Führungspositionen. Im geschäftsführenden Vorstand hatte es zwar seit 1958 immer eine Frau gegeben, aber mit Gudrun Hama-

cher und Karin Benz-Overhage gelang es, ab 1986 diesen Minikonsens zu durchbrechen und seit dem letzten Gewerkschaftstag gehört Irene Schulz zu den Geschäftsführenden und Christiane Benner ist 2. Vorsitzende der IG Metall geworden.

DIE WACHSTUMSRATEN SANKEN UND DIE KRISEN WUCHSEN

Mitte der siebziger Jahre ging das ‚Wirtschaftswunder‘ zu Ende. Die Investitionen flossen immer mehr in Rationalisierungsmaßnahmen. Entsprechend stieg die Arbeitslosigkeit auf 2 000 000 (1984). Zugleich setzte in den Managementtagen und den Wirtschaftswissenschaften ein Umdenken ein: Die Wende zu einer marktradikalen, neoliberalen Wirtschaftspolitik.

WACHSAM TAG UND NACHT

Ab Mitte der siebziger Jahre begann auch auf breiter Front der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Betrieben. 1976 wollte der Flugzeughersteller Fokker sein Werk in Speyer – heute Geschäftsstelle Ludwigshafen-Frankenthal – schließen. Aber sie hatten die Rechnung ohne die hoch organisierte (über 90%) Belegschaft gemacht. Unter der Leitung des Betriebsratsvorsitzenden Willi Weber entfaltete er eine beispiellose Mobilisierungskampagne.

Die Familien, die Geschäfte, die umliegenden Betriebe, die DGB-Gewerkschaften, die Kirchen, die lokalen Politiker, der ganze Ort wurden mit einbezogen. Über der Hauptstraße hingen Spruchbänder gegen die

HISTORISCHE EREIGNISSE

1976/77

„Wachsam bei Tag und Nacht“:
Kampf um VFW Fokker in
Speyer

1984

Die IG Metall Flensburg wählt
erstmals eine Kollegin zur ersten
Bevollmächtigten

Schließung. Der damalige Ministerpräsident Kohl musste kommen und Rede und Antwort stehen. Zum 1. Mai ließ der Bischof die Domglocken läuten. Seminare wurden durchgeführt, Filme gedreht, Songgruppen traten auf. 7000 Menschen kamen zur Solidaritätsdemonstration. Dabei entstand ein Lied, das bis heute solche Anlässe begleitet. Es beginnt mit den Worten: „Heute hier, morgen dort, sind die Arbeitsplätze fort, wird mit der Angst Geschäfte gemacht.“ Der Kampf war erfolgreich. Der Standort konnte gerettet werden. Es gab immer wieder Konflikte um die Existenz des Betriebes, aber der Standort hat sich bis heute behauptet.

DER KAMPF UM DIE 35-STUNDEN WOCHE

Die IG Metall musste neue Antworten finden. Auf dem Gewerkschaftstag 1977 wurde die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den Aktionskatalog aufgenommen. In der Eisen- und Stahlindustrie waren 40 000 Arbeitsplätze gestrichen worden. Hier machte die IG Metall den Anfang. Im Winter 1978/79 wurde in Nordrhein-Westfalen mehr als sechs Wochen gestreikt. Zwar konnte eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht erreicht werden, aber es gab zum ersten Mal 6 Wochen Urlaub.

Der Durchbruch gelang fünf Jahre später. Von Hans Mayr und Franz Steinkühler als Vorsitzenden und Hans Janßen als Zuständigem für Tarifpolitik wurde dieser Arbeitskampf von langer Hand sorgfältig vorbereitet. Im Frühjahr 1984 war es dann soweit.



Der Bezirk Frankfurt unter der Leitung Hans Pleitgens entschied sich, aktiv in diesen Kampf einzugreifen. Zwischen 3. und 9. Mai fand die Urabstimmung statt, 80,77% stimmten für den Streik. Am 21. Mai werden die Hessen zur Unterstützung von Baden-Württemberg in den Arbeitskampf gerufen. Schwerpunkte des Streiks waren die Betriebe Daimler in Kassel, Triumph-Adler in Frankfurt, BBC im Hanau und vor allem die Opelwerke in der Verwaltungsstelle Darmstadt. Wieder wurden neue Formen der Mobilisierung erprobt. Die Song- und Theatergruppen warben in der Öff-

entlichkeit für Unterstützung. Der DGB Hessen unterstützte den Kampf durch Kundgebungen und Solidaritätsaktionen.

9 Tage später erfolgte die erste Aussperrungswelle. Um nur die wichtigsten betroffenen Betriebe zu nennen: In Kassel AEG und Thyssen-Henschel, in Gießen und Herborn die Buderuswerke, in Marburg Fritz Winter, in Wetzlar die Leitz Werke, in Mainz MAN, in Wiesbaden Glyco, Frankfurt T&N, Siemens und VDO, in Offenbach MAN-Roland, in Darmstadt Schenck und VDO.

In Herborn zeigte der damalige Bevollmächtigte Armin Dank, dass auch kleinere Verwaltungsstellen eine starke Solidaritätsbewegung auf die Beine stellen konnten. Die von Horst Mathes geleitete Bildungsstätte in Bad Orb mobilisierte alle Kräfte, um den Arbeitskampf in Hanau zu unterstützen.

Gut zwei Wochen später legten die Arbeitgeber noch einmal nach: in Bebra Siemens Hersfeld, in Limburg Leitz, in Frankfurt Teves, in Offenbach Lö-

bro und Rowenta, in Hanau Heraeus und Vacuumschmelze, in Darmstadt Schenck und VDO. Damit streikten am 19. Juni 30.000 Beschäftigte und 37.500 waren ausgesperrt.

Vom 14. Mai 1984 bis zum 4. Juli 1984 dauerte der Streik für die Einführung der 35-Stunden-Woche in der hessischen und baden-württembergischen Metallindustrie. Auf dem Höhepunkt des Arbeitskampfes standen 57.500 Beschäftigte im Streik, weitere 147.000 waren ‚heiß‘ und 396.000 ‚kalt‘ ausgesperrt worden. Mit über 600.000 Beteiligten war dies der größte Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik.

1984
URABSTIMMUNG FRANKFURT



14. MAI - 4. JULI 1984

Streik und Aussperrung in
Baden-Württemberg und
Hessen für die 35-Stundenwoche



1984
 STREIKHELPER STIHL
 NEUSTADT

Das Ergebnis lautete 38,5 Stunden. Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche war erreicht. Zusammen mit der IG Druck war die IG Metall der Eisbrecher in der Arbeitszeitpolitik. Schon 1987 galten für die Hälfte aller DGB Gewerkschaften Regelarbeitszeiten unter 40 Stunden. Es sollte allerdings bis 1995 dauern, bis die tarifliche Wochenarbeitszeit in der

Metall- und Elektroindustrie 35 Stunden erreichte.

Beim Arbeitskampf 1984 half der IG Metall der § 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes, durch den die Kaltausgesperrten Kurzarbeitergeld erhielten. Er wurde von der Regierung Kohl zwei Jahre später 1986 abgeschafft. Trotz einer großen Kampagne konnte dies nicht

verhindert werden. Bis heute warten wir darauf, dass diese Regelung wieder in Kraft gesetzt wird.

Die Unternehmer haben sich mit der 35-Stunden Woche nie wirklich abgefunden. In den Tarifverhandlungen musste die IG Metall einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten zustimmen. Die Unternehmer nutzten dies zur Intensivierung der Arbeit und zum Unterlaufen der Arbeitszeitverkürzung.

1984
 AUSEINANDERSETZUNG UM
 DIE 35-STUNDEN-WOCHE



HISTORISCHE EREIGNISSE

1984/85

Kampf gegen die Veränderung des § 116 Arbeitsförderungs-gesetz

LERNEN VON DEN SOZIALEN BEWEGUNGEN

Die IG Metall lernte auch von anderen sozialen Bewegungen: der Friedens-, der Anti-Atom- und der Ökologiebewegung. In den 80er Jahren schien der kalte Krieg noch einmal einem Höhepunkt zuzutreiben. Wieder beteiligten sich Metallerrinnen und Metaller zu tausenden an den Friedensdemonstrationen. Erst als Michail Gorbatschow die Führung der Sowjetunion übernahm, begann eine neue Entspannungsperiode.

1986 im April explodierte der Reaktor von Tschernobyl. Damit waren die Gefahren der Atomkraftwerke vor aller Augen sichtbar geworden. Die IG Metall hatte sich anfangs schwer getan, von der Atomkraft Abschied zu nehmen. Spätestens seit Tschernobyl war die Ablehnung klar.

Die IG Metall hatte schon 1972 auf ihrer berühmten Oberhausener Tagung ‚Qualität des Lebens‘ über ökologische Fragen diskutiert. Aber erst in den 80er Jahren wurden der Klimawandel und der Erhalt unsere natürlichen Lebensgrundlagen nach und nach Gegenstand einer breiten gewerkschaftlichen Debatte.

DER DEUTSCHE EINIGUNGSPROZESS

Am Ende dieses Jahrzehnts wurde die IG Metall 1989 vor eine Situation gestellt, für die es kein historisches Vorbild gab: Der Zusammenbruch der DDR. Die Bürgerproteste machten einem völlig erstarrten Gesellschaftssystem ein Ende.

1990
DEMONSTRATION GEGEN
AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT
WETZLAR



1990
BUSSE FÜR DIE NEUEN
BUNDESLÄNDER

In rasender Geschwindigkeit schloss sich die DDR der Bundesrepublik an. Im November 1989 waren die Grenzen geöffnet worden. Noch vor dem politischen Zusammenschluss - am 1.7. 1990 - kam auf Druck der DDR Bevölkerung die Währungsunion. Damit gingen die Ostmärkte verloren, und die DDR war der vollen Konkurrenz des Weltmarktes ausgesetzt. Statt der versprochenen blühenden Landschaften kam es zu einem Zusammenbruch großer Teile der Ökonomie.

Wirtschaftspolitische Entscheidungen verstärkten diesen Prozess. Statt die entwicklungs-fähigen industriellen Kerne zu sanieren und zu stärken, wurde privatisiert auf Teufel komm raus. Auch der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ behinderte den Neuanfang. Die enormen Kosten der Vereini-

gung wurden außerdem nicht durch Belastung von Besitz und hohen Einkommen finanziert, sondern durch Schulden und die Sozialkassen.

Im Osten kämpften die Gewerkschaften um jeden Arbeitsplatz. Überall in den Betrieben wurden Betriebsräte aufgebaut. Aber sie standen auf verlorenen Posten. Von 3,2 Millionen Stellen in der Industrie waren drei Jahre später nur noch 760 000 übrig.

Es gelang der IG Metall in einen enormen Kraftakt, eigene gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen. Sie wollte einen klaren Trennungsstrich gegenüber den alten Strukturen. Zum 31. Dezember 1990 löste sich die alte IG Metall Ost auf, zum 1. Januar 1991 konstituierte sich die neue IG Metall in den neuen Bundesländern.

APRIL 1986

Atomkatastrophe in Tschernobyl

9. NOVEMBER 1989

Fall der Mauer

1. JANUAR 1991

Konstituierung der IG Metall in den „neuen Bundesländern“

DER BEZIRK FRANKFURT ÜBERNIMMT VERANTWORTUNG

Für den Bezirk Frankfurt war dies die größte Herausforderung seiner bisherigen Geschichte. Der Bezirk mit seinem neuen Leiter Karl Kronawitter übernahm die Verantwortung für das wieder entstandene Bundesland Thüringen. Eine ganze Reihe von ehren- und hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen entschied sich dorthin zu gehen, um den Betriebsräten zu helfen und die gewerkschaftlichen Strukturen neu aufzubauen. Acht neue Verwaltungsstellen wurden gegründet: Eisenach, Erfurt, Gera, Jena, Nordhausen, Saalfeld, Sonneberg und Suhl.

Überall stand das Ringen um die Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Es war ein Kampf mit dem Rücken zur Wand. Wo die Betriebe überhaupt erhalten werden konnten, schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze zusammen. Mit Beschäftigungsgesellschaften und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde versucht, die Folgen wenigstens etwas abzumildern. Neuansiedlungen wie das Opel-Werk in Eisenach blieben die große Ausnahme. Es war ein kräftezehrender Kampf. Aber in diesen Auseinandersetzungen konnten auch neue Kolleginnen und Kollegen für Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden und um die Verwaltungsstellen herum entstand eine eigenständige gewerkschaftliche Kultur.

DER KAMPF UM DIE ANGLEICHUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE

Im März 1991 konnte die IG Metall für die neuen Bundesländer einen Tarifvertrag abschließen, der in Stufen eine Angleichung der Löhne an das Westniveau bis zum April 1994 vorsah, allerdings bei einer Arbeitszeitverkürzung auf nur eine 38-Stundenwoche.

Schon zwei Jahre später stellten die Arbeitgeber dieses Abkommen in Frage. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte war die IG Metall gezwungen, für die Einhaltung eines geltenden Tarifvertrags zu kämpfen. In einem zweiwöchigen Streik gelang es im Mai 1993, den Stufentarifvertrag zu verteidigen, allerdings um den

Preis, dass die Angleichung erst im Juni 1996 erfolgen sollte. In der kritischen Phase des Arbeitskampfes, am 12. Mai 1993, hatten 500.000 Beschäftigte in Westdeutschland die Arbeit niedergelegt oder sich zu Protestkundgebungen versammelt. Dies hatte wesentlich zur Durchsetzung beigetragen.

Trotz dieses Erfolges kam es nicht zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse. Im Osten überwogen die Klein- und Mittelbetriebe, die Arbeitslosigkeit blieb hoch, die Tarifbindung war schwach, und die Löhne betragen weniger als 80% der im Westen gezahlten Gehälter.

2003 versuchte die IG Metall trotz ungünstiger Bedingungen, wenigstens eine Angleichung der Arbeitszeiten zu erkämpfen. Das scheiterte und führte zu einem Rückschlag für die Gewerkschaftsarbeit. Inzwischen hat die IG Metall im Osten wieder an Boden gewonnen. Doch die Angleichung der Lebensverhältnisse, die Verbesserung der Tarifbedingungen und der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen bleibt weiterhin eine große Aufgabe und wird uns auch in Zukunft noch lange beschäftigen.

1993
URABSTIMMUNG MAXHÜTTE
THÜRINGEN



HISTORISCHE EREIGNISSE

MÄRZ 1991

Wahl der Bevollmächtigten und Ortsvorstände in 8 Verwaltungsstellen in Thüringen

1993

Streik in der ostdeutschen Metallindustrie

UNTER DEM DRUCK DER MASSENARBEITSLOSIGKEIT

In den 90er Jahre verschlechterten sich die Handlungsbedingungen für Gewerkschaften dramatisch. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen stiegen auf 4 Millionen (1994). In der Vereinigungskrise 1993/94 kürzten die Unternehmer massenhaft die übertariflichen Leistungen. Die Gewerkschaften gerieten in die Defensive. Die Mitgliederzahlen gingen dramatisch zurück. Klaus Zwickel, IG Metall Vorsitzender seit 1993, bot den Unternehmern ein Bündnis für Arbeit an. Trotz der Bereitschaft der IG Metall zu Zugeständnissen ließen die Arbeitgeber dieses Angebot ins Leere laufen. Um Arbeitsplätze zu retten, mussten in Einzelfällen immer wieder Abweichung von den Tarifverträgen zugelassen werden. Mit dem Pforzheimer Abkommen (2004) wurden dafür mit der Unternehmenseite klare Regeln vereinbart. Die IG Metall legt Wert darauf, dass alle Entscheidungen von den Mitgliedern vor Ort getragen werden. So kann auch aus schwierigen Situationen eine stärkere Verankerung in den Betrieben entstehen.

Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen gelangen immer wieder tarifpolitische Erfolge. Der Bezirk Bayern drängte schon seit langem darauf, eine Vorreiterrolle in der Tarifrunde

spielen zu dürfen. Im Jahre 1995 setzten die Bayern dann in einem hervorragend organisierten, zweiwöchigen Arbeitskampf ein sehr gutes Tarifiergebnis durch. Damit hatten sie endgültig den Schatten der Niederlage in den 50er Jahren hinter sich gelassen.

GLOBALISIERUNG UND INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Der Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs leitete eine weitere Ausdehnung des Weltmarktes ein. International wurden Handelshemmnisse abgebaut, und die Konkurrenz auf den globalen Märkten verschärfte sich. Die Unternehmen errichteten weltweit neue Standorte, globale Produktionsketten dehnten sich aus. 1992 wurde mit der EU ein Markt geschaffen, der heute über 500 Millionen Menschen umfasst. Für die Gewerkschaften bedeutete dies eine enorme Herausforderung.

Die Konzernzentralen wussten jederzeit, was in den fernsten Niederlassungen passierte - die Arbeitnehmervertreter kannten sich nicht einmal. Die internationale Zusammenarbeit ist eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten Fragen der heu-

tigen Gewerkschaftsarbeit. Inzwischen bieten die Eurobetriebsräte neue Ansatzpunkte für die Interessenvertretungen. Bei VW entstand sogar der erste Weltbetriebsrat. Wir haben unsere Interessenvertretung bei der EU in Brüssel ausgebaut.

Mit ‚IndustriAll‘ ist außerdem ein neuer Verbund der Industriegewerkschaften geschaffen worden. In der IG Metall entstand ein Vorstandsbereich, der den Schwerpunkt internationale Gewerkschaftsarbeit hat und vom vormaligen Bevollmächtigten der IG Metall Gera, Wolfgang Lemb, geleitet wird. Dies ist ein großer Schritt vorwärts. Aber von einer internationalen Handlungsfähigkeit bis auf die Ebene der Konzerne und Wertschöpfungsketten sind wir noch weit entfernt.

2012
GRÜNDUNG VON
INDUSTRIALL



1994

Vier Millionen Arbeitslose

2012

Gründung von IndustriAll

ZUSAMMENSCHLUSS MIT DER GEWERK- SCHAFT TEXTIL BEKLEIDUNG (GTB) UND DER GEWERKSCHAFT HOLZ UND KUNSTSTOFF (GHK)

Die schwierige Wirtschaftslage nach der deutschen Einheit führte zu einem Fusionsprozess innerhalb der DGB-Gewerkschaften, aus dem unter anderem die neue Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hervorging (2001).

Zwei traditionsreiche Gewerkschaften, deren Mitgliederbasis durch das Schrumpfen ihrer Organisationsbereiche zu klein geworden war, schlossen sich der IG Metall an: Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) 1998 und die Gewerkschaft Holz- und Kunststoff (GHK). Damit dehnte sich die IG Metall zum ersten Mal über den Bereich der Metallindustrie aus.

NEUE HOFFUNGEN: DIE ROT-GRÜNE KOALITION

Die Bildung der rot-grünen Koalition 1998 weckte wieder Hoffnungen. Anfangs schienen sich diese Erwartungen auch zu bestätigen. Die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde wieder hergestellt. Aber schon die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes

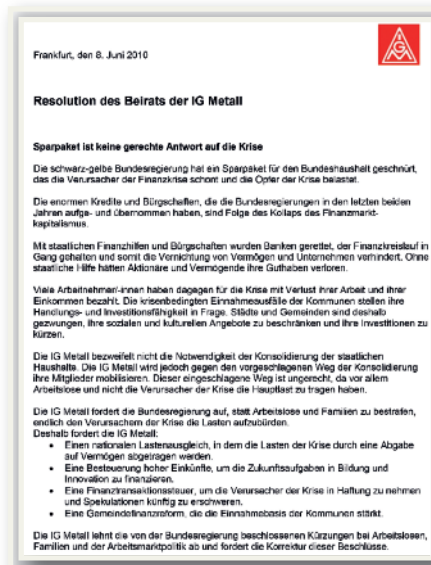
2001 blieb deutlich hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück. In den Jahren 2002 und 2003 kürzte die rot-grüne Bundesregierung mit den Hartz-Gesetzen soziale Leistungen drastisch mit dem Argument, damit die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Arbeitsrechte wurden verschlechtert, Leiharbeit erleichtert und das Arbeitslosengeld erheblich eingeschränkt, dazu eine bisher nicht gekannte Kontrollbürokratie geschaffen. Das Ziel, die Arbeitslosigkeit nennenswert zu senken, wurde nicht erreicht.

Erst als die Weltmarktkonjunktur zwei Jahre später wieder anzog, sanken die Arbeitslosenzahlen. Stattdessen entstand in Deutschland der zweitgrößte Niedriglohnsektor aller entwickelten Industrieländer nach den USA. 1,6 Millionen Kinder leben heute von Hartz IV. Die soziale Ungleichheit wuchs deutlich und gefährdet den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft und die wachsende Politikverdrossenheit die Grundlagen der Demokratie. Nach der Verabschiedung der Hartz-Gesetze ging die IG Metall auf deutliche Distanz zur

rot-grünen Bundesregierung. Jürgen Peters, damaliger Vorsitzender der IG Metall, kritisierte die Entwicklung scharf und griff das dahinterstehende neoliberale Denken an. Eine der problematischsten Folgen war das Ansteigen der Leiharbeit und anderer prekärer Arbeitsverhältnisse.

Die IG Metall entwickelte eine Kampagne gegen den Missbrauch der Leiharbeit. Besonders energisch setzte sich der damalige NRW Bezirksleiter Detlef Wetzlar gegen solche Arbeitsverhältnisse ein, der 2013 zum IGM-Vorsitzenden gewählt wurde. Nach langen Anstrengungen konnte endlich 2012 ein Tarifvertrag zur Regelung der Leiharbeit abgeschlossen werden. Die Arbeitgeber suchten nun nach neuen Möglichkeiten, geregelte Arbeitsverhältnisse zu umgehen, z.B. Werk-

2010 RESOLUTION DES BEIRATS DER IG METALL GEGEN DAS SPARPAKET DER BUNDESREGIERUNG



HISTORISCHE EREIGNISSE

1998

Rot-Grüne Bundesregierung

2002/03

Hartz-Gesetze

HERBST 2008: DIE FINANZMARKT- KRISE BESTIMMT DAS GESCHEHEN

Die Finanzmärkte waren zur bestimmenden Kraft in der Weltwirtschaft geworden. Nicht wenige Menschen glaubten ihren fantastischen Gewinnversprechungen. Im Herbst 2008 platzten mitten in einer großen Tarifbewegung der Metall- und Elektroindustrie die Illusionen. Die Finanzmarktkrise begann in den USA und breitete



2009
EUROPAPOLITISCHES MEMORANDUM DER IG METALL

sich dann weltweit aus. Ganze Banken verschwanden. Viele Fondsbesitzer verloren ihr Geld. In Deutschland ging die Industrieproduktion um 25% zurück. Für die IG Metall war das eine dramatische Situation. Trotz Wirtschaftseinbruch sammelte sie sich um die Forderung:

Keine Entlassungen in der Krise. In ihrem Aktionsprogramm ‚Aktiv aus der Krise‘ (März 2009) forderte sie einen öffentlichen Investitionsfond als Schutzschirm für die Betriebe, verbunden mit neuen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Der IG-Metall Vorsitzende Berthold Huber verhandelte mit der Bundeskanzlerin. Mit Unterstützung der IG Metall konnten drei wichtige Forderungen durchgesetzt werden: Die Abwrackprämie, die den Einbruch in der Automobilindustrie abfederte, öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten, die den Unternehmen fehlende Kredite zur Verfügung stellten und vor allem die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes. Wieder war die Arbeitszeit ein entscheidendes Mittel, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Die weniger geschützten Leiharbeiter wurden allerdings oft entlassen. Die befürchtete Massenarbeitslosigkeit blieb aus. Weltweit sprachen Ökonomen vom ‚deutschen Beschäftigungswunder‘. Als die globale Konjunktur wieder ansprang, konnten die deutschen Unternehmen als erste zugreifen, weil ihre Beschäftigten im Betrieb geblieben waren. Mit der Finanzmarktkrise veränderte



sich das gesellschaftliche Klima. Der Anteil der Gewerkschaften an der Krisenlösung wurde in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen. Das Gerede von den „industriepolitischen Dinosauriern“ (gemeint waren damit die Gewerkschaften) hatte ein Ende. Es gab wieder Spielraum für kapitalismuskritische Diskussionen. Die IG Metall formulierte

in der Kurswechseldebatte ein Szenario für einen sozialökologischen Wirtschaftsumbau, das 2012 auf einen Kongress in Berlin mit internationalen Gewerkschaftsvertretern und Wissenschaftlern diskutiert wurde.

2008
WARNSTREIK TARIFBEWEGUNG
IN KAISERSLAUTERN



OPEL KÄMPFT UM DAS ÜBERLEBEN

Besonders dramatisch war die Situation bei der General Motors-Tochter Opel. GM war im Zug der Finanzmarktkrise zusammengebrochen und musste von der US-Regierung gestützt werden. Eine Zeitlang schien es so, als drohte Opel das Aus. Drei Opel-Standorte – Kaiserslautern, Rüsselsheim und Eisenach - lagen im Bezirk Frankfurt. Die Beschäftigten waren aufs höchste alarmiert und kampfbereit. Verschiedene Modelle wurden diskutiert, einschließlich einer Beteiligung der Betriebsangehörigen am Unternehmen.

Die Betriebsräte, die Bevollmächtigten, der Bezirksleiter Armin Schild und der IG Metall-Vorstand taten alles, was in ihren Kräften stand, um eine Katastrophe zu verhindern. Landes- und Bundespolitik wurden eingespannt. Durch diese Anstrengungen von Beschäftigten und Gewerkschaft konnte ein Lösungsweg gefunden werden, bei dem das Unternehmen wieder eine Zukunft hatte. Das erforderte von den Beschäftigten erhebliche Opfer. Der Standort Bochum konnte nicht gehalten werden. Aber das Unternehmen überlebte und ist wieder auf dem Weg in die schwarzen Zahlen. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst.

DIE TRENDWENDE

Vor allem gelang nun die Trendwende bei der Mitgliederentwicklung, an der die IG Metall lange gearbeitet hatte. Die Mitgliederzahlen wuchsen wieder. Es gelang sogar, in schwierigen Bereichen wie Forschung und Entwicklung besser Fuß zu fassen. Der größte Erfolg aber war der Zustrom junger Mitglieder. Das war die Antwort unter anderem auf Zeitverträge und schlechte Einstufung. Inzwischen ist die IG Metall die größte Jugendorganisation Deutschlands.

DER BEZIRK FRANKFURT STELLT SICH NEU AUF

Auch im Bezirk Frankfurt waren die Mitgliederzahlen in den Jahren der Massenarbeitslosigkeit zurückgegangen. Dazu kamen große wirtschaftliche Strukturveränderungen. Im Rhein-Main-Gebiet z.B. verschwanden viele traditionelle Industriebetriebe und der Dienstleistungssektor wurde immer bestimmender. Die Verwaltungsstellen versuchten trotzdem, ihre Dienstleistungen im alten Umfang den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Das war eine große Kraftanstrengung. Manche Verwaltungsstellen schlossen sich zusammen, andere verabredeten enge Kooperationen.

Nordhessen kann auch auf die Bildungsstätte Beverungen zurückgreifen, die unter der Leitung von Werner Kraus die Zusammenarbeit mit den umliegenden Geschäftsstellen stark ausgebaut hat. Sehr intensiv ist auch die Zusammenarbeit der saarländischen Geschäftsstellen mit der Arbeitskammer des Saarlandes und der rheinland-pfälzischen mit der dortigen Technologie- und Beratungsstelle. Es gelang dem Bezirk und den Verwaltungsstellen nach und nach, den Mitglieder-rückgang zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten. Bezirksleiter war seit 2005 Armin Schild. Sogar Verwaltungsoder, wie es heute heißt: „Geschäftsstellen“, die eher im ländlichen Raum liegen und nicht von großbetrieblichen Strukturen geprägt sind, wie Betzdorf, Neuwied, Koblenz, Trier, Bad Kreuznach konnten Zuwächse erreichen. Auch die

thüringischen Geschäftsstellen entwickelten wieder eine positive Mitgliederbilanz. Besonders erfreulich ist, dass immer mehr Angestellte den Weg in die IG Metall finden.

Im Jahre 2012 änderte der Bezirk seinen althergebrachten Namen und nannte sich – wie es den veränderten geografischen Verhältnissen entsprach – ab jetzt Bezirk Mitte.

Seit Juli 2015 hat der Bezirk Mitte einen neuen Leiter, Jörg Köhlinger. Von Anfang an stellte Köhlinger klar: Die Arbeitszeitpolitik wird der wichtigste Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit in den nächsten Jahren sein.

2012
NEUES LOGO NACH DER
NAMENSÄNDERUNG VON
BEZIRK FRANKFURT IN MITTE



HISTORISCHE EREIGNISSE

2012

Aus dem IG Metall Bezirk Frankfurt wird Bezirk Mitte

ARBEITSZEITPOLITIK – DIE WICHTIGSTE AUFGABE DER NÄCHSTEN JAHRE

Zwischen 1984 und 1995 wurde die 35-Stunden-Woche erkämpft. Heute liegen die durchschnittlichen Arbeitszeiten in der Metall- und Elektroindustrie wieder deutlich über 40 Stunden. Unsere Beschäftigtenbefragung hat noch einmal deutlich gemacht: Die 35-Stunden-Woche ist die Wunscharbeitszeit für die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten. Wir müssen uns die 35-Stunden-Woche zurückerobern!

Es geht nicht an, dass dauerhaft Überstunden gemacht werden, statt Neueinstellungen, dass Millionen Arbeitsstunden verfallen, ohne bezahlt zu werden, dass die Arbeitszeit durch die Auftragslage bestimmt wird und kaum Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer genommen wird. Wir brauchen Lösungen für jungen Menschen, die Arbeit und Familie in Einklang bringen wollen, für Schichtarbeiter, für Menschen, die pflegebedürftige Angehörige haben oder sich qualifizieren wollen, aber auch für diejenigen, die nach der Familienphase wieder auf eine volle Stelle wollen. Wir können uns nicht mit der Rente ab 67 abfinden. Wir müssen an neuen, besseren Regelungen für den Altersausstieg arbeiten. Unsere Arbeitszeitkampagne, so er-



klärte der neugewählte erste Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann auf dem Gewerkschaftstag 2015 „zielt auf nicht weniger als auf die Rückgewinnung der gewerkschaftlichen und der persönlichen Souveränität im Umgang mit der Zeit“ (Grundsatzreferat IG Metall Gewerkschaftstag 2015 S. 14).

TARIFPOLITIK NACH DER KRISE

In den Jahren nach dem Ende der Finanzmarktkrise ist es der IG Metall gelungen, eine sehr erfolgreiche Tarifpolitik zu betreiben. Sie wurde von einem hohen Mobilisierungsgrad und starken Warnstreikwellen getra-

gen. Besonders seit die Inflationsraten gegen Null gesunken sind, konnten hohe Reallohnzuwächse erzielt werden. Inzwischen ist die Binnennachfrage zu einem wichtigen Träger der Konjunktur geworden.



2015
ARBEITSZEITPUZZLE
STAND BEZIRK MITTE BEI DER
TBS-MESSE IN FRANKENTHAL

KAMPF GEGEN RASSIS- MUS

Im letzten Jahr hat uns eine sehr große Zahl von Flüchtlingen aus den Bürgerkriegs- und Kriegsregionen der Welt erreicht. Rechtsradikale Kräfte benutzen dies zur Mobilisierung von Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass. Mit der AfD haben sich die Kräfte ein politisches Sammelbecken geschaffen. Wieder ist die IG Metall in der Verteidigung ihrer politischen Grundwerte gefordert. Sie kämpft für das politische Asyl und wird nicht zulassen, dass die Flüchtlinge gegen die sozial Schwächeren unseres Landes ausgespielt werden. Deswegen haben wir uns der Respekt! Kampagne angeschlossen. Die IG Metall sagt nein zu jeder Art von Rassismus.

2015

Bürgerkriegsflüchtlinge aus
Syrien

MITGLIEDERENTWICKLUNG UND TARIFFBINDUNG

Wir stehen heute vor großen Aufgaben. Den Organisationsgrad, den die IG Metall in den 80er Jahren besaß, haben wir bis jetzt nicht wieder erreicht. Noch gibt es viele Betriebe, die keinen Betriebsrat besitzen. In manchen Branchen und Beschäftigungsgruppen sind wir nach wie vor schwach vertreten.

Die Stärkung der Mitgliederbasis ist die entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung aller Ziele, die wir uns vorgenommen haben. Das gleiche gilt für die Tarifbindung. Sie lag Ende der 80er Jahr bei über 70%, heute ist es in Gesamtdeutschland im Durchschnitt nur noch 52 Prozent, auch wenn es hier eine Wende zum Besseren gegeben hat. Auch in der Vergangenheit musste im Bezirk Frankfurt immer wieder um die Tarifbindung gekämpft werden. Nur eines von vielen Beispielen: Im September 2008 musste die Belegschaft der Vakuumschmelze in Hanau unter der Leitung von Conny Gramm und Michael Pilz sechs Tage streiken, um das Unternehmen im Tarifvertrag zu halten. Wir müssen jede Tarifrunde, jede Kampagne und jeden geeigneten betrieblichen Konflikt dazu nutzen, um die Tarifbindung zu erhöhen.

PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Wir haben vor 3 Jahren eine umfangreiche Beschäftigtenbefragung durchgeführt: Ganz oben auf der Liste stehen sichere Arbeitsverhältnisse. Nach wie vor haben wir um die Stammebelegschaften herum einen breiten Korridor von befristet Beschäftigten, Leiharbeit, Werkverträgen, Praktika und Minijobs. Dazu tariflose Billiganbieter, oft in outgesourceten Betriebsteilen. Niedriglöhne und ungesicherte Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden. Wir brauchen klare Arbeitsverhältnisse als Grundlage für ein planbares, erfülltes Leben.

Immer noch haben wir fast 3 Millionen registrierte und etwa 4 Millionen tatsächliche Arbeitslose. Die dürfen nicht aus dem Blick geraten. Wir werden um Beschäftigungssicherung ringen und müssen uns für eine offensive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft, einsetzen. Wir brauchen eine Arbeitszeitpolitik, die Neueinstellungen erzwingt.

STRUKTUR- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Oft genug hat die IG Metall in den letzten Jahrzehnten durch alternative Wirtschaftspläne, eingeforderte Investitionen und Beschäftigungspakte Arbeitsplätze und ganze Betriebe gerettet.

Auf regionaler Ebene hat die IG Metall immer wieder versucht - in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren - durch verbesserte Infrastruktur, Verbreiterung der Ausbildungsangebote, Beratungseinrichtungen, Ausbau von Forschungs- und Entwicklungsinstitute u.a. industrielle Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern.

Die Umwälzungsprozesse in den Industriebetrieben gehen mit unverminderter Dynamik weiter. Das erfordert von uns eine strategische Diskussion über die Gestaltung einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaftsentwicklung.

Dies ist auch aufgrund der heutigen Struktur unseres Bezirkes notwendig, in dem die Automobilzulieferindustrie und die Stahlindustrie hohe Bedeutung haben - zwei Branchen, die stark unter dem Druck internationaler Konkurrenz stehen. Der Erhalt der Arbeitsplätze muss hier ständig neu erkämpft werden.

2010
START DER IG METALL
KAMPAGNE GLEICHE ARBEIT -
GLEICHES GELD



HISTORISCHE EREIGNISSE

SEPTEMBER 2008

Arbeitskampf in Hanau

GUTE ARBEIT

In der gewerkschaftlichen Arbeit spielte Arbeitsleistung und -belastung immer eine große Rolle. Es ging um gute Arbeitsbedingungen, gesicherte Beschäftigungsverhältnisse und die Festlegung einer humanen Leistung, die den Erhalt der Arbeitskraft über ein ganzes Arbeitsleben sichert.

In den letzten Jahren hat eine enorme Intensivierung der Arbeit stattgefunden, verbunden mit immer differenzierteren Kontrollsystemen.

Vor allem die psychischen Belastungen wachsen, inzwischen machen sie 42% der Ursachen von Berufsunfähigkeit aus. Umso mehr müssen wir in den nächsten Jahren für unser Leitbild einer ‚guten Arbeit‘ kämpfen. Umso wichtiger ist die von Hans Jürgen Urban auf den Weg gebrachte Initiative zu einer Anti-Stress-Verordnung. Auch der Kampf für unser Leitbild einer ‚guten Arbeit‘ wird in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen.

SCHLÜSSELFRAGE BILDUNG

Die Umwälzungen, die sich unter dem Vorzeichen Industrie 4.0 ankündigen, erfordern neue Gestaltungswege in der Arbeitswelt, die erst in Ansätzen er-



2010
LOGO DER KAMPAGNE
„ARBEIT: SICHER UND FAIR“
DER IG METALL

kennbar sind. Sicher ist, dass Qualifizierung hier eine große Rolle spielen wird. Das Thema Bildung wird für uns an Bedeutung gewinnen. Nach wie vor ist die Bundesrepublik das Land, in dem der Bildungsabschluss der Eltern am stärksten über die Bildungswege der Kinder entscheidet. Die berufliche Erstausbildung muss besser gefördert und auf eine breitere Basis gestellt werden. Es kann nicht sein, dass mehr als 20% der Jugendlichen keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen. Die berufliche Weiterbildung ist unterfinanziert und muss allen Beschäftigten in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

POLITISCH EINFLUSS NEHMEN

Diese Anliegen sind meistens nur in einem Zusammenspiel von Betriebspolitik, Tarifpolitik und Regierungspolitik zu bewegen. Man sieht es deutlich in der Frage der Leiharbeit. Am Anfang standen betriebliche Vereinbarungen, dann folgte ein Tarifabschluss und inzwischen wird über ein Gesetz verhandelt. Das heißt, das Wort der IG Metall muss politisches Gewicht haben. Dazu brauchen wir eine politisch wache und handlungsfähige Mitglieder. Das gilt ganz besonders für die großen Fragen, die in Europa oder den internationalen Wirtschaftsbeziehungen anstehen, wie TTIP. Für die Bewältigung der Zukunft muss die IG Metall politischer werden.

DEMOKRATIE STÄRKEN

Wir erleben seit längerem eine Krise der Demokratie. Die Ungleichheit im Lande wächst und das Gefühl, abgehängt zu sein und keinen Einfluss mehr auf den Gang der Dinge zu haben, steigt ebenfalls. Die politischen Parteien verlieren ihre Verankerung in der Bevölkerung. Hier kommt den Gewerkschaften eine große Verantwortung zu, gerade auch der IG Metall. Weil sie breite Arbeitnehmerschichten erreichen.

Unsere Mitglieder können am Arbeitsplatz, in den Nachbarschaften in den Vereinen den rechtspopulistischen Stammtischparolen entgegen treten und Wege zu einer weltoffenen und zugleich sozial gerechten Gesellschaft zeigen.

BETEILIGUNGS- WERKSCHAFT SEIN

Dies alles können wir nur, wenn wir selber ein hohes Maß Beteiligung ermöglichen, wenn wir Räume für Erfahrungsaustausch schaffen – hier spielt die Bildungsarbeit eine wichtige Rolle – wenn es Orte zum Mitmachen und Mitentscheiden gibt. Die eigene demokratische Kultur ist das beste Mittel, um den Erfahrungsreichtum und Fähigkeiten unserer Mitglieder zur Entfaltung kommen zu lassen und die Demokratie zu stärken.

EIN STARKES FUNDAMENT FÜR DIE ZUKUNFT

Blicken wir noch einmal zurück in die Geschichte und gehen auf den Ausgangspunkt 1891, die Gründung des DMV zurück. Lohnabhängig zu sein in der Metallindustrie bedeutete: 11 Stunden Arbeit an 6 Tagen die Woche, kein Urlaub, fast keine soziale Absicherung, keine Mitbestimmung und Löhne knapp am Existenzminimum. Vergleicht man dies mit heute, kann man ohne Einschränkung sagen: 125 Jahre Gewerkschaftsarbeit haben sich gelohnt.

Alle diese Errungenschaften mussten hart erstritten werden. Das war kein einfacher und gradliniger Weg. Dahinter ste-



2015
TARIFBEWEGUNG

hen das Aufbegehren, der Kampfgeist und die Opfer, die ganze Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften gebracht haben. Ihnen gebührt unser Respekt.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband und die IG Metall haben Geschichte geschrieben. Darauf können wir stolz sein. Ein starkes Fundament, auf das wir für die Herausforderungen der Zukunft aufbauen können.





HISTORISCHE EREIGNISSE

LITERATURHINWEISE

Abendroth, W.

Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung
Heilbronn 1996

Boebel, C., Müller, S., Obermayr, U. (Hrsg.)

Vom Erinnern an den Anfang. 70 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – Was hat die IG Metall daraus gelernt?
Darmstadt 2015

Boebel, C., Wentzel, L. (Hrsg.)

Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918,
Hamburg 2008

Bettien, A.,

Arbeitskampf im kalten Krieg
Hessische Metallarbeiter gegen Lohndiktat und Restauration
Marburg 1983

Beetz, T., Großpietsch, E., Hüpenbecker, A., Mathes, H., Nuber-Hüpenbecker, R., Reuss, W., Schwalm, A., Skričik-Beetz, K., (Hrsg.) Weber, M. Vst Offenbach am Main, Geschichte & Geschichten

Ein Bilder-Lesebuch von und mit Offenbachger Metallerinnen und Metallern
Offenbach 2015

Ebenau, M.,

Freiheit für das Volk: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Neunkirchen 1848 – 1961,
(Hrsg.): *IG Metall Vst. Neunkirchen*

Gorr, H.

Verdammte Geduld, Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Dillgebiet 1811 – 1949,
(Hrsg.) *IG Metall Vst. Herborn, Herborn 1997*

Jacobi-Bettien, A.

Metallgewerkschaften in Hessen 1945 bis 1948
Marburg 1982

Jahr- und Handbücher des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Stuttgart

Berlin 1903 -1933

Köhlinger, J., (Hrsg.)

Eine kleine kulturpolitische Zeitschrift In Erinnerung an unseren Freund und Kollegen Volkmar Heusel
(bearb.) Großpietsch, E.,
Frankfurt 2016

Kolb, J.

Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit
Köln 1983

Neuland, F.

Das Haus der Besitzlosen
Frankfurt, 1982

Mielke, S., Heinz, S. (Hrsg.)

Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat,
Berlin 2012

Opel, F.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution,
Hannover/Frankfurt 1957

Pàkh, J. (bearb.)

Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832 – 1933
Frankfurt 1997

Pàkh, J.

Das rote Hanau, Arbeit und Kapital 1830 – 1949
Hanau 2007

Pleitgen, H.

Auf einen Blick 1091 DMV – IGM 1988 Bezirk Frankfurt am Main
Frankfurt 1989

Schneider, M.

Kleine Geschichte der Gewerkschaften
Bonn 1989

Vorstand der IG Metall

100 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1991 - Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall
Köln 1991

Wachsam Tag und Nacht**Wentzel, L.**

Inflation und Arbeitslosigkeit Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1919-1924
Hannover 1980

Wittmann, K.P.

Ford-Aktion
Marburg 1994

Ebenau, M.

Es gilt den Kampf. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankenthal 1832-1949
Kösching 1984

Klönne, A.

Reese, H., Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
Frankfurt 1986

Wachsam Tag und Nacht

16mm s/w Dokumentarfilm, 45 Min. IG Metall Vertrauensleute (VFW Speyer) in Zusammenarbeit mit Arbeit und Film
Frankfurt 1977

